

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Vrey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Der Außenhandel Großbritanniens.

Großbritannien ist ausgesprochenes Industrieland. Kaum 7 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung treffen auf die Landwirtschaft, deren Erzeugung für die Inlandsversorgung völlig unzureichend ist. Der größte Teil der verbrauchten Nahrungsmittel wird mit wenigen Ausnahmen — von denen Zucker die wichtigste ist — kein Zoll erhoben; Getränke, Kaffee, Tee, Kakao, konservierte Früchte, Tabak usw. sind dagegen zollpflichtig. Auch der weitaus größte Teil der Industrieprodukte wird zollfrei eingelassen. Die liberale Zollpolitik ist notwendig, um der Industriebewohner das Leben zu ermöglichen.

Die Eigenart der wirtschaftlichen Struktur des Landes bringt es mit sich, daß der Wert der Einfuhr den Ausfuhrwert der Waren stets bedeutend übertrifft. Überdies besteht die Tendenz zur Vergrößerung des Unterschiedes zwischen Ein- und Ausfuhr. Der Einfuhrwert betrug 1922: 1003 Millionen Pfund Sterling, 1923: 1096, 1924: 1277, 1925: 1321 und 1926: 1241 Millionen Pfund Sterling; der Wert der Ausfuhr war in denselben Jahren 823, 886, 941, 927 und 779 Millionen Pfund Sterling, wobei die Wiederausfuhr eingeführter Waren inbegriffen ist. Von der Einfuhr stammte alljährlich etwa ein Drittel aus anderen Ländern des britischen Reiches. Von der Ausfuhr e i n h e i m i s c h e r Erzeugnisse ging ein wachsender Anteil — im Jahre 1926 schon fast die Hälfte — nach anderen britischen Ländern, einschließlich der Mandatsgebiete.

Von der gesamten Einfuhr trifft ein ansehnlicher Teil auf die Warengruppen, die uns besonders interessieren. In fast allen diesen Warengruppen war seit 1922 eine dauernde Steigerung der Einfuhrwerte zu verzeichnen, was folgende Übersicht anschaulich macht:

	Einfuhr in den Jahren				
	1922	1923	1924	1925	1926
Chemikalien, Drogen, Farbstoffe usw.	11,4	13,5	14,6	14,4	15,4
Papier, Pappe	12,4	13,4	14,4	15,1	16,7
Ton- und Glaswaren	7,0	7,8	8,7	10,1	11,5
Gummiwaren	5,4	5,0	5,0	6,4	7,6
Material zur Papierfabrikation	9,6	11,5	11,6	11,1	11,9
Rohgummi, Guttapercha	7,3	12,3	9,6	29,4	33,5
Fette, Ole usw., roh	36,9	44,5	51,9	55,5	45,5
Fette, Ole usw., bearbeitet	40,3	34,5	39,2	36,3	43,9

Am bedeutendsten war die Wertsteigerung der Einfuhr von Rohgummi und ähnlichen Stoffen; die Menge der eingeführten Waren dieser Gruppe hat sich in den fünf Jahren allerdings nur verdoppelt. Die Menge des eingeführten Rohpetrols stieg von 217 Millionen Gallonen 1922 auf 569 Millionen 1925; 1926 betrug sie 537 Millionen Gallonen.

Die Steigerung der Einfuhr von Rohgummi und Rohpetrol geht vornehmlich auf die Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs zurück.

In der Gruppe bearbeitete Fette, Ole usw. steht Motoröl immer an erster Stelle, dessen Wert im Jahre zwischen rund 16 und 22 Millionen Pfund Sterling betrug. An zweiter Stelle kommt Feuerungsöl, dann Schmieröl.

Die Gruppe Chemikalien, Drogen, Farbstoffe und Farben umfaßt eine lange Liste von Artikeln, auf die im einzelnen einzugehen zu weit führen würde. Auf vier Untergruppen verteilte sich der Wert der Einfuhr wie nachstehend angegeben:

	1922 1923 1924 1925 1926				
	Millionen	Pfund	Millionen	Pfund	Millionen
Chemikalien im engeren Sinne	5,8	7,3	7,8	8,0	9,2
Drogen und Medikamente	1,4	1,9	2,3	2,3	2,1
Farbstoffe, Gerbstoffe	2,9	2,6	2,8	2,2	2,2
Malierfarben u. dergl.	1,3	1,7	1,7	1,9	1,9
Zusammen	11,4	13,5	14,6	14,4	15,4

Von Chemikalien im engeren Sinne sind zollpflichtig Chlorhydrat, Chloroform, Colloidum, Ather und Alkoh., die nur in ganz geringen Mengen und für geringen Wert eingeführt werden. Im Jahre 1926 trafen von dem Gesamtwert der Einfuhr dieser Untergruppe auf Benzol 1 532 000, Jodine und Jodide 1 153 000, Natriumnitrat 491 000, Kalziumkarbid 441 000, Essigsäure 431 000, Zinkoxyd 402 000 Pfund Sterling usw.

Rohgummi wird vorwiegend aus britischen Überseeländern eingeführt, die übrigen, in den vorstehenden Tabellen genannten Waren stammen dagegen zum weitaus größten Teil aus nicht britischen Ländern. Im Jahre 1926 z. B. verteilte sich der Einfuhrwert auf britische und andere Länder folgendermaßen:

	Britische Länder		Andere Länder	
	Millionen	Pfund	Millionen	Pfund
Chemikalien, Drogen usw.	1,4	12,7	1,9	13,2
Papier, Pappe	1,9	10,0	1,9	10,0
Ton- und Glaswaren	1,2	5,5	0,8	10,4
Gummiwaren	0,8	6,5	26,8	31,7
Material zur Papierfabrikation	2,4	41,5	15,7	31,7
Rohgummi	2,4	41,5	15,7	31,7
Fette, Ole usw., roh	2,4	41,5	15,7	31,7
Fette, Ole usw., bearbeitet	2,4	41,5	15,7	31,7

Die britischen Überseeländer sind bisher vorzüglich Lieferanten von Nahrungs- und Genussmitteln sowie von Rohstoffen; dafür tauschen sie Fertigerzeugnisse ein. Ihre Ausfuhr fertiger Industrieprodukte wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach nur langsam wachsen.

Die Ausfuhr von Erzeugnissen Großbritanniens veranschaulichen wir in der nächsten Tabelle. Die Wiederausfuhr eingeführter Produkte des Auslandes und anderer britischer Länder ist hier nicht einbegriffen.

	Ausfuhr in den Jahren				
	1922	1923	1924	1925	1926
Chemikalien, Drogen, Farbstoffe usw.	20,3	25,7	25,5	23,6	21,7
Papier, Pappe	6,7	8,8	9,2	9,8	9,8
Ton- und Glaswaren	10,9	12,3	12,9	13,0	11,9
Gummiwaren	5,0	5,3	6,1	7,6	7,9
Rohgummi	0,1	0,1	0,1	0,3	0,3
Material zur Papierfabrikation	1,3	1,6	1,9	1,9	1,5
Fette, Ole usw., roh	5,0	5,6	6,9	7,0	6,2
Fette, Ole usw., bearbeitet	6,0	7,0	8,9	10,2	9,4

Die letzten Posten, Rohgummi, Rohöl usw., wie Material zur Papierfabrikation, umfassen außer einheimischen Rohstoffen auch in geringem Grade bearbeitete Produkte, weshalb Rohgummi und ähnliche Waren hier als Inlanderzeugnisse erscheinen.

Sterispaziergang.

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden, belebenden Blick, im Tale grünet Hoffnungsglück: Der alte Winter — in seiner Schwäche, zog sich in rauhe Berge zurück. Von vorher sendet er, stehend, nur ohnmächtige Schauer körnigen Eises in Streifen über die grünende Flur; aber die Sonne duldet kein Weißes, überall regt sich Bildung und Streben, alles will sich mit Farbe beleben; doch an Blumen fehlt's im Keim, sie nimmt gepuhlte Menschen dafür. Kehre dich um, von diesen Höhen nach der Stadt zurückzusehen. Aus dem hohen finstern Tor bringt ein buntes Gewimmel hervor. Jeder sonnt sich heute so gern. Sie feiern die Auferstehung des Heu, denn sie sind selber auferstanden. Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern, aus Handwerks- und Gewerbeständen, aus dem Drack von Vieheln und Pöckeln, aus der Straßen quetschender Enge, aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht sind sie alle ans Licht gebracht. Sieh nur, sieh wie behend sich die Menge durch die Gärten und Felder zerfährt, wie der Fluß in Breit und Länge, so manchen lustigen Nachen bewegt, und bis zum Sinken überladen, entfernt sich dieser letzte Kahn. Selbst von des Berges fernem Pfaden blinken uns farbige Kleider an. Ich höre schon des Dorfes Getümmel, hier ist des Volkes wahrer Himmel, zufrieden juchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein! Aus J. W. v. Goethes „Faust“.

Ein ansehnlicher Teil der oben verzeichneten Ausfuhr geht nach britischen Überseeländern. Im Jahre 1926 verteilte sich der Ausfuhrwert auf diese und das Ausland wie folgt:

	Britische Länder		Andere Länder	
	Millionen	Pfund	Millionen	Pfund
Chemikalien, Drogen, Farbstoffe usw.	10,4	11,3	7,1	2,7
Papier, Pappe	7,1	2,7	7,0	4,9
Ton- und Glaswaren	4,3	3,6	4,3	3,6
Gummiwaren	0,1	0,3	0,1	1,4
Material zur Papierfabrikation	0,1	1,4	1,0	5,2
Fette, Ole usw., roh	4,4	5,0	4,4	5,0
Fette, Ole usw., bearbeitet	4,4	5,0	4,4	5,0

Die britischen Überseeländer nehmen von den ausgeführten Chemikalien usw. bereits nahezu die Hälfte auf, von Papier, Ton- und Glaswaren sowie Gummiwaren weitaus den größten Teil. Die Ausfuhr von Material zur Papierfabrikation und von Ölen, Fetten und dergl. ist überwiegend nach dem nicht-britischen Ausland gerichtet.

Von den ausgeführten Chemikalien sind namentlich Ammoniumverbindungen wichtig; ihr Wert belief sich 1923 und 1924 auf je rund 4 Millionen, 1925 sank er auf 3½ und 1926 auf etwas über 2 Millionen Pfund Sterling. Schwere Kohlenfeerde wurden 1922 für 702 000, 1923 für 1 782 000, 1924 für 1 690 000, 1925 für 1 159 000 und 1926 für 1 111 000 Pfund Sterling ausgeführt. Zurückgegangen ist die Einfuhr von Kupfererz; sie wurde 1922 und 1923 mit je 1,1, 1924 mit 1,0, 1925 mit 0,9 und 1926 mit 0,8 Millionen bewertet. Der Wert der Ausfuhr von Desinfektionsmitteln erreichte 1923 nahezu 1 Million und überschritt in den folgenden drei Jahren die Million. Natriumverbindungen waren an der Ausfuhr 1922 mit 4,6, 1923 mit 4,5, 1924 mit 4,3, 1925 mit 3,8 und 1926 mit 3,5 Millionen Pfund Sterling beteiligt; Drogen und Medikamente 1922 mit 2,5, 1923 mit 2,8, 1924 und 1925 mit je 3,1, 1926 mit 3,2 Millionen Pfund Sterling.

Die Ausfuhr von Farbstoffen und dergl. ist nicht sehr bedeutend. Wichtiger ist die Ausfuhr von Malierfarben, deren Wert sich in den genannten Jahren zwischen 3 und nahezu 4 Millionen Pfund Sterling bewegte; die Neigung zur Zunahme dieser Ausfuhr kommt in den Mengen wie in den Werken zur Geltung.

Die Ausgleichsquittung.

Eine sozialrechtliche Betrachtung von Ludwig Bendig (Berlin).

Fall 2: Hier sei grundsätzlich davon ausgegangen, daß § 622 BGB. zutrefte, daß also die Belehrung der Rechtsanwaltsstelle richtig gewesen ist. Einfach ist die Sach- und Rechtslage, wenn die Behauptung der Klägerin erwiesen würde, daß der beklagte Beamte nicht in gutem Glauben, also arglistig, eine falsche Mitteilung über die Kündigungsfrist gemacht hätte. Alsdann würde die Vergleichserklärung durch Anfechtung wegen arglistiger Täuschung beseitigt werden können. Hier sei aber davon ausgegangen, daß der Beklagte sich gutgläubig im Rechtsirrtum befunden und die Klägerin bestimmt hat, den Rechtsirrtum anzunehmen und in der Annahme der kürzeren Kündigungsfrist von zwei Wochen zum Ende des Monats sich mit der ihr angebotenen Schlusszahlung für abgefunden zu erklären. Wird diese Erklärung als ein Verzicht aufgefaßt, so wird sie von der Klägerin wegen Irrtums angefochten. Der Beklagte wird die Anfechtung zurückweisen wollen, weil sie auf einem Irrtum im Beweggrunde beruhe. Es fragt sich aber, ob diese herrschende Lehre dem zugrunde liegenden psychischen Tatbestande gerecht wird, ob die in ihr vorausgesetzte Trennung von Erklärungsinhalt und Erklärungsbeweggrund dem wirklichen psychischen Sachverhalt überhaupt entspricht. Gerade im vorliegenden Falle tritt die Bedenklichkeit der so konstruierten Trennung besonders hervor, weil der Erklärungsempfänger den irrigen Beweggrund (die unrichtige Ansicht über die Dauer der Kündigungsfrist) selbst hervorgerufen, also genau gekannt hat. In einem solchen Falle liegt die Berufung auf § 242 BGB. zur Einschränkung des § 119 BGB. nahe: Handelt der Beklagte nicht gegen Treu und Glauben, wenn er die Anfechtung wegen eines Irrtums zurückweist, den er selbst verursacht hat? Ist ihm nicht gerade deshalb bekannt gewesen, daß der Erklärungsinhalt, der Verzicht, unter der Voraussetzung, ja der Bedingung gestanden hat, seine Belehrung über die kürzere Dauer der Kündigungsfrist sei richtig? Ist bei beiderseitigem Einverständnis über diese Verzichtserklärung geworden?

Wenn aber selbst die Anfechtung wegen Irrtums nicht für durchgreifend erachtet wird, weil der Irrtum im Beweggrunde deshalb nicht privilegiert werden könne, weil der Erklärungsempfänger ihn geteilt und hervorgerufen habe, so fragt sich in unserem Falle, ob überhaupt ein Verzichtswille und eine ihm entsprechende Erklärung vorliegt. Die Klägerin wird geltend machen, daß sie nicht gewillt gewesen sei, auf zweifelsfreie Zahlungsansprüche für Dezember 1927 zu verzichten. Was habe sie auch gar nicht erklärt, sie habe nur die Dezemberansprüche nicht aufrecht erhalten, weil solche nach der bestimmten Rechtsbelehrung des rechtsfertigen Beklagten nicht bestanden hätten. Ihre stillschweigende Zustimmung habe deshalb nur die Bedeutung, daß sie die Dezemberansprüche, die ihr nach der von ihr angenommenen Ansicht des Beklagten nicht zustanden, insofern auch nicht geltend machte, nicht aber die Bedeutung, daß sie die ihr zustehenden Dezemberansprüche aufgibt. Das könne gar nicht der Sinn ihrer gegenseitigen Erklärungen gewesen sein, weil beide Parteien davon ausgegangen seien, daß Ansprüche für Dezember nicht in Frage kämen, also auch gar nicht aufgegeben zu werden brauchten. Deshalb habe sich der abgeschlossene Vergleich auch nur auf die Ansprüche für November beziehen können. Einen anderen Inhalt habe die Verzichtserklärung nicht gehabt, und weil sich der Verzicht nach dem übereinstimmenden Willen beider Parteien auf die Dezemberansprüche nicht bezogen habe, könnten diese Ansprüche auch noch geltend gemacht werden. Schließlich kommt aber noch in Frage, ob der Beklagte nicht wegen grober Fahrlässigkeit für seine unrichtige Rechtsauskunft haftet, weil ihn als Juristen bei der erteilten Rechtsbelehrung größere Pflichten treffen (§ 242 BGB.).

Fall 3: Nach § 416 ZPO. steht fest, daß der Kläger in der formularmäßigen Privaturkunde auf alle weiteren Ansprüche verzichtet hat. Dem gegenüber beruft er sich offensichtlich auf § 138 BGB. Für dessen tatsächliche Voraussetzungen ist er beweispflichtig. Er muß also beweisen, daß er sich bei der Unterschrift in einer Notlage befunden hat, daß diese von dem Beklagten ausgenutzt worden ist, um die Unterschrift rechtswidrig zu erlangen, daß also auch die fristlose Entlassung unberechtigt gewesen ist. Einen peinlichen Eindruck im Sinne des § 138 BGB. macht es, wenn die Auszahlung der 30 Mk. von der Unterzeichnung der Ausgleichsquittung abhängig gemacht worden ist.

Fall 4: Dieser Fall unterscheidet sich von den drei anderen Fällen dadurch, daß die Ausgleichsquittung zwischen den Parteien zustande kommt, die sich nicht bloß formell gleich gegenüberstehen, sondern auch gleich geschäftsgewandt sind und durch die Vorauszahlung der anerkannten 300 Mk. oder in dem anderen Unterfalle durch die gehobene Stellung des Vertreters wirtschaftlich gleichermaßen druckfrei sind. In diesem Falle besteht kein Bedürfnis nach einer gerichtlichen Korrektur des durch die Ausgleichsquittung endgültig abgewickelten Dienstverhältnisses.

Ganz anders liegen die drei übrigen Fälle. Die wirtschaftliche und soziale Überlegenheit des Arbeitgebers läßt es über-

hauptsächlich erscheinen, daß er sie benutzt, um bei der fristlosen Aufhebung des Dienstverhältnisses seine Rechtslage durch Erlangung einer Ausgleichsquittung zu verbessern. Wohl ist es verständlich, daß der Arbeitgeber, ganz besonders im Falle eines zur fristlosen Entlassung führenden Konfliktes, mit dem Arbeitnehmer eine endgültige Klärung der Rechtsbeziehungen herbeiführen und sich durch die von ihm unterzeichnete Ausgleichsquittung Ruhe verschaffen möchte. Aber ebenso nahe liegt der Gedanke, daß das nicht auf Kosten des Arbeitnehmers geschehen darf, und daß nicht recht einzusehen ist, warum dieser überhaupt bewogen werden soll, auf ihm etwa zustehende Rechte zu verzichten. Gegenüber dem durchaus verständlichen Friedensbedürfnis des Arbeitgebers erhebt sich das Bild eines ordentlichen und gerechten Arbeitgebers, der es weit von sich weiß, seinen Arbeitnehmer von der Verfolgung seiner vermeintlichen Rechte abzuhalten und eine Verzichtserklärung von ihm zu fordern oder gar anzunehmen, weil er sich auch nicht einmal dem Verdacht oder dem Vorwurf aussetzen will, sein Friedensbedürfnis auf Kosten des Arbeitnehmers erstrebt oder gar durch eine Ausgleichsquittung erreicht zu haben. Und hier tauchen nun Rechtsgrundsätze eines neuen sozialen Rechtes auf, das sich immer mehr in den Köpfen aller billig und gerecht Denkenden festsetzt, Rechtsgrundsätze, die nach geltendem Rechte aus den gerade das Arbeitsrecht beherrschenden §§ 242, 157 BGB. abzuleiten sind.

Eine Ausgleichsquittung kann keinen rechtlichen Bestand haben, wenn derjenige, der sich auf sie beruft, unredlich handelt. Unredlich handelt er, wenn er die Ausgleichsquittung mit unredlichen Mitteln erlangt hat, oder wenn die in ihr aufgegebenen Rechte ernstlich nicht in Frage gestellt werden dürfen, oder wenn es gegen Treu und Glauben verstößt, daß die Ausgleichsquittung überhaupt geltend gemacht wird. Bei der Anwendung dieser allgemeinen Grundsätze auf den einzelnen Fall ist vor allem maßgebend, daß es der Auffassung aller billig und gerecht Denkenden bei Beurteilung eines Arbeitsverhältnisses widerspricht, wenn einem Arbeitnehmer durch Verfassung auf eine von ihm ausgestellte Ausgleichsquittung seine sonst zweifelsfreien Rechte in Verlust geraten sollen, daß ein Arbeitgeber, der sein Friedensbedürfnis durch Erlangung einer Ausgleichsquittung von einem ihm geschäftlich oder wirtschaftlich unterlegenen Arbeitnehmer, also unter Ausnutzung der zwischen ihnen bestehenden tatsächlichen Ungleichheiten prozessual sicherzustellen versucht, in Widerspruch zu dem allgemeinen Rechtsbewußtsein handelt, also gegen die guten Sitten verstößt. Von dem so gewonnenen Standpunkte aus ergibt sich schließlich der weitere Grundsatz, daß eine Ausgleichsquittung dann zweifelsfrei Bestand hat, wenn die Vertragsparteien, wie im Falle zu 4), als formell und materiell sich gleich gegenüberstehende Partner gehandelt haben.

Aus den vorstehenden Fällen ergibt sich eine weitgehende Belehrungspflicht für den Arbeitgeber, er muß fast ängstlich besorgt sein, wenn er eine Ausgleichsquittung entwirft, und sich von dem Arbeitnehmer unterzeichnen läßt, daß dieser in voller Freiheit der Entscheidung und klarer Einsicht in die aufzugebenden Rechte handelt. Je weiter verbreitet dieses Pflichtgefühl des überlegenen Partners im Dienstverhältnis wird, um so mehr wird die Ausgleichsquittung aus der Praxis verschwinden, weil es schließlich von dem Arbeitgeber als unwürdig empfunden wird, eine zweifelhafte Rechtslage zu seinen Gunsten durch eine solche dem schwächeren Teil abgewonnene Urkunde zu verändern, während doch eine nach seiner Meinung für ihn klare Rechtslage eines solchen Schriftstücks nicht bedarf. Das Seltenwerden oder gar Verschwinden in der Praxis des Arbeitsrechts wird ein Zeichen für den Fortschritt des sozialen Denkens der Arbeitgeber sein.

Erste Ausschusssitzung des ADBS.

Der Bundesausschuss trat am 20. März im Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

Leipart erstattete Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den abgelaufenen Monaten. Der lobpolitische Sekretär, den der Bundesvorstand sucht, wird, ohne daß eine Änderung in den Satzungen eintritt, eine engere Fühlung zwischen den Verbänden wie mit dem Bundesvorstand bei Lohnkämpfen herbeiführen können.

Leipart wandte sich dann der Berichterstattung der Tagespresse über die Verbände- und Gewerkschaftskongresse zu. Aber sie ist mit Recht vielfach Klage geführt worden. Leipart machte eine Reihe von Vorschlägen, um diesem Abstände abzuwehren.

Der Vorsitzende ging im weiteren Verlauf seines Berichts auf eine Reihe von Eingaben des Bundesvorstandes ein. Am 6. Februar hat der Bundesvorstand an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, die Gewerkschaften zu den Ausschüssen hinzuzuziehen, die sich mit den Fragen der Verwaltungsreform beschäftigen sollen. Der Bundesvorstand hat eine Denkschrift gegen die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über den Wohnungsbau eingereicht.

Während die an die Länderparlamente und Regierungen gerichtete Eingabe des Bundesvorstandes über die Errichtung von Lehrstühlen für Sozialhygiene an den Universitäten vom Preussischen und Bayerischen Landtage den Staatsregierungen zur Berücksichtigung und Würdigung durch Beschluß übergeben ist, haben die Universitäten sich meist ablehnend geäußert.

Die Verhandlungen über Mißstände bei der Durchführung der Verordnung vom 12. Mai 1925 über Berufskrankheiten sind mit dem Reichsversicherungsamt noch im Gange. Die damalige Eingabe des Bundesvorstandes wünschte, daß zur Begutachtung und als „geeignete Ärzte“ im Sinne der Verordnung nicht angestellte Ärzte der Berufsvereinigungen und „Arbeitsärzte“, sondern freie Ärzte und beamtete Ärzte, bei denen die Gewähr für persönliche Freiheit von wirtschaftlichen Interessen gegeben ist, herangezogen werden.

Der Bundesvorstand hat für den Reichsberufungsausschuss zwei Vertreter ernannt. Dem Kuratorium der Ausstellung „Die Ernährung“ gehört ebenfalls ein Vertreter des Bundesvorstandes an. Das Institut für Arbeitsphysiologie, an dem der Bundesvorstand finanziell beteiligt ist, wird nach Dortmund übersiedeln. Im Verwaltungsrat des Instituts ist der Bundesvorstand durch Leipart vertreten.

Demnach soll auch der Bezirk Ostpreußen als letzter der ADBS-Berichte einen eigenen Sekretär erhalten. Der Bezirkssekretär von Hessen und Hessen-Nassau, Kollege Leuschner, ist Innenminister von Hessen geworden. Seine Stelle muß neu besetzt werden.

In der letzten Sitzung des Bundesausschusses wurde der lobpolitische Ausschuss beauftragt, die Kompetenzen der Einzelverbände beim Abschluß von Tarifverträgen zu klären, da sich eine Reihe sehr unerfreulicher Streitigkeiten zwischen verschiedenen Verbänden entwickelt hatten. Der lobpolitische Ausschuss empfahl dem Bundesausschuss folgendes zu beschließen:

Die Einzelverbände sind verpflichtet, beim Abschluß von Tarifverträgen, deren Geltungsbereich auf die Berufsweige zu beschränken, für die ihre organisatorische Zuständigkeit vom Bund anerkannt ist.

Der Beschluß fand einstimmige Annahme. In Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Bundesvorstandes, Hermann Silberstein, wurde der Leiter des Deutschen Bau-Gewerksbundes für den Bezirk Berlin-Brandenburg, Otto Lehmann, gewählt.

Dann nahm der zweite Vorsitzende Graßmann das Wort zu einem Bericht über die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er erinnerte an die Beschlüsse des Pariser Kongresses des IGB und der Sitzung seines Ausschusses im Januar. Danach sind die Aufgaben, die vom Kongress dem Ausschuss überwiesen wurden, die Wahl des Präsidenten und des Hauptsekretärs des IGB, und die Bestimmung des Sitzes des Bundes, immer noch ungelöst.

Graßmann gibt eine Darstellung der Situation, die nach dem negativen Ergebnis der Ausschusssitzung entstanden ist. Bei der Neugestaltung der inneren Ordnung des IGB, müsse auch Bedacht darauf genommen werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrzehntes, insbesondere die internationale Konzen-

tration des Kapitals, das Wachstum internationaler Kartelle dem IGB, besonders an wichtige Aufgaben stelle.

Leipart teilt mit, daß die Landeszentralen inzwischen vom Vorstand des IGB. aufgefordert worden sind, positive Vorschläge über den Sitz und für den Posten des Präsidenten und des Generalsekretärs einzubringen. Es besteht kein Grund, dem britischen Gewerkschaftsbund den Posten des Präsidenten freitrag zu machen. Die Frage, wer Generalsekretär wird, erscheint Leipart wichtiger als die Frage des Sitzes. Die Vorschläge der Landeszentralen werden der nächsten Sitzung des Ausschusses des IGB. vorgelegt werden. Im Zusammenhang hiermit teilt Leipart mit, daß der Bundesvorstand des IGB. 10 000 Mk. zur Unterstützung der von der politischen Reaktion hart bedrängten Gewerkschaften der Balkanländer bewilligt hat.

In der anschließenden Debatte ergab sich als einmütige Meinung aller Verbände, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem Verlauf der Januartagung des IGB. keine eigenen Vorschläge hinsichtlich der Sitzverlegung mehr machen werden.

Anschließend berichtete Schillme im Auftrage der Kommission für die Verwaltungsreform über Vorschläge zur Vereinheitlichung der Unterstellungen in den Gewerkschaften. Besondere Vielseitigkeit herrscht auf dem Gebiete der Kampfunterstellungen. Die Reformvorschläge bezwecken vor allem Bereitstellung größerer Mittel für Streik- und Währungsregelung. Da die Höhe der Unterstellungen sich in der Regel nach der Zahl der geleisteten Beiträge richtet, so wird eine Begrenzung auf höchstens fünf Beitragsklassen für Streik- und Währungsunterstützung empfohlen. Für die Berechnung der täglichen Unterstützung soll ein für alle Verbände geltender Multiplikator gelten, dem der Hauptkostenbeitrag zugrunde gelegt wird. Da eine Uniformierung der Leistungen nicht beabsichtigt und auch nicht durchführbar ist, empfiehlt die Kommission die übrigen sozialen Unterstellungen mit Ausnahme der Erwerbslosenunterstützung in dem bisherigen Umfang zu belassen und die Umzugsunterstützung in ihrer Höhe (abgesehen von Unterstützung für Gemahnelte) zu begrenzen. Für die von zahlreichen Verbänden bereits eingeführte oder geplante Invalidenunterstützung hat die Kommission einheitliche Grundsätze ausgearbeitet und den Vorständen der Verbände zunächst zur Stellungnahme unterbreitet, so daß der Bundesausschuss später entscheiden wird.

Frey teilt mit, daß sich der Fabrikarbeiterverband den Vorschlägen der Kommission zur Regelung der Streikunterstützung nicht anschließen könne. Die Streikunterstützung, die der Fabrikarbeiterverband nach einer Revision seiner Satzungen durch den nächsten Verbandstag zahlen werde, werde etwas höher sein, als sie nach den Vorschlägen der Kommission sein würde. Sie kämen aber mit den neuen Sätzen, die dem Verbandstage vorgelegt werden, den Anregungen der Kommission sehr weit entgegen, so daß die verbleibende Differenz gering sein werde. Der Fabrikarbeiterverband werde jedoch befreit sein, mit der Zeit reiflos auf einen Boden mit den Vorschlägen der Kommission bzw. der Mehrheit der Verbände zu gelangen.

Tarnow beklagt, daß noch so wenig Verbände sich den bisher vorliegenden Vorschlägen der Kommission angeschlossen und ihre Satzungen und Einrichtungen entsprechend reformiert hätten.

Winkler berichtete, daß im Steinarbeiterverband die Vertragsfestsetzung und die Regelung der Unterstellungssätze nach den Richtlinien der Kommission verhältnismäßig leicht durchgeführt werden konnte. Brand teilt mit, daß auch der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes dem nächsten Verbandstage Vorlagen im Sinne der Richtlinien der Kommission unterbreiten würde. Harder berichtete für den Buchbinderverband, daß dieser in einigen Punkten leichter, in anderen jedoch nur mit gewissen Schwierigkeiten den Vorschlägen der Kommission folgen könne.

Kommunistische Verleumder-Methoden.

Die kommunistische „Volkswehr“ bringt in der Nr. 81 vom 12. März 1928 einen Bericht „Mit Lügen und Verleumdungen gegen kommunistische Betriebsräte der Feldmühle“. In diesem Bericht wird behauptet, der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Moikemthin sowie der Gewerkschaftsangehörige Lerlow und die übrigen sozialdemokratischen Betriebsräte haben den kommunistischen Betriebsratsmitgliedern Knäpkel zwischen die Beine geworfen. Moikemthin habe der Direktion bei der Schikanierung der „armen, bedauerlichen“ AFD-Betriebsräte geholfen, und er

Am Scheideweg.

Ein launischer Tag war es. Zur Entlassungsfeier hatten wir uns in der großen Turnhalle unserer Schule eingefunden. — Zum letztenmal! — Wie erlösend und befreiend klang doch dieses letztemal! — Mochte der Wind auch noch so dicke Regentropfen aus Fenster peitschen, in unserem Herzen war es licht, lachte ein ganzer, reicher Frühling. Von der wohl-gemeinten Festansprache unseres Lehrers — eines Mannes, der uns Proletariatkinder nahm mit unseren guten Seiten, aber auch unsere Fehler verzeihen konnte, weil er ihre Ursachen kannte — habe ich nicht viel gehört. Meine Gedanken wollten draußen in der schönen berückenden Welt, die ich bald nach eigenen Entwürfen beurteilen wollte. Bei Dichtern und Sängern wollten sie. Was diese in meinem jungen Herzen nachgehakt, zum eigenen Erleben wollte ich mir machen. Alles, alles wollte ich umfassen, was mir Glück schien. Als ich dann abschiednehmend meinem Lehrer die Hand reichte, — wie — schimmerte es nicht feucht in seinen Augen? — Waren wir seinem Herzen wirklich so nahe, wir, die wir doch nur Kätzchen und Arbeit waren für ihn? — Rätsel über Rätsel. — Doch in der kurzen Spanne Zeit, welche die Tränen brachte, die vom Auge des Lehrers in seinen weißen Bart rollte, zog blitzschnell in einem gewissen Unterbewußtsein ein Leben an mir vorbei. In jenen Augenblicken ward mir klar, daß mein Leben kein Gedächtnisband ist, in dem man nur nach Scherzhaften und Harmonien greifen darf, nein ein Profanwerk, reine, rauhe Wirklichkeit. Ich wußte es, ich stand am Scheidewege, zurücklassend meine Kindheit mit ihren spärlichen Freuden — vor mir den Werktag des Lebens.

Nur eine Woche durfte ich mich dieser Freiheit, wie ich glaubte, freuen. Dann traf mich das Los wie so manches Proletariatkind, ich mußte in die Fabrik, mußte mitverdienen. Gleich nach Ostern fand ich mich eines Morgens am Fabriktor ein. — Jetzt also begann das neue Leben, das ich so hoffnungsvoll begrüßte, das all meine Wünsche nun erfüllen sollte, das mir den Abschied von Schule und Kindheit so leicht gemacht. — Fragend sah ich auf all die Menschen, die um mir verbelebten, von denen ich viele kannte. Doch niemand schien Zeit zu haben, mir ein liebes freundliches Wort zu sagen, mir mit einem Gruß über die große fremde Frage wegzuhelfen: „Was wird kommen?“ Wie nahmen ihre Kontroversen und eilten weiter. Endlich ertönte die Glocke. Da packte das kleine Herz zusammen, und lange, lange klapperte es noch so kümmerlich, als wollte es seine Hoff-

bringen. Mein Täschen preßte ich darauf, aber es half nichts, es ließ sich nicht beschwichtigen. Nachdem ich beim Portier meine Angaben gemacht, befahl dieser: „Komm mit!“ von neuem zuckte ich zusammen, denn zu rauh war sein Befehl. Ich folgte ihm in einen Saal, in dem Stoffe gelagert wurden. Der Stoffgeruch, der mit entgegenstieß, erhöhte in mir das Gefühl drückender Enge, das schon vorher vorhanden war. Einer Frau wurde ich übergeben, der Abteilungsmeisterin. Rasch wollte ich aus ihrem Gesichte die Antwort erhalten auf meine angestellte Frage: „Wie wird das neue Leben sein — wirst du mir gut sein?“ — Doch in ihre Augen war nicht zu dringen. Keil, gefühllos maß sie mich wie eine Ware von unten bis oben, und dann kam der zweite Befehl, noch rauer als der erste. „Komm mit!“ Wieder folgte ich. Sie zeigte mir meine künftige Arbeit. Diese schien sehr leicht zu sein — aber ich begriff doch nicht. Meine Meisterin verlor schon in der ersten Stunde die Geduld, rief mir die Arbeit aus den Händen und erklärte sie mir von neuem. —

War dies das neue vielgerühmte Leben, das ich so oft ersehnt? — Oh, hätten doch diese Menschen ein Kind verstanden, das den ersten Schritt ins Leben macht. Sie hätten ein erschütterndes innerliches Schluchzen wahrgenommen. Für einen Bruchteil einer Sekunde hätte das Kinderherz zur Mutter zurück. Mit einem guten Wort, mit einem warmen Blick hätten sie seinen Weg sonnenhell beleuchten können, und in diesem Lichte hätte das Kind das neue Leben lieben und die Menschen achten gelernt. So aber mußte es schon nach wenigen Stunden zugeben, daß ihm all die Blumen, die es sich in jungen, zukunftsreichen Träumen gepflückt, nie im Leben blühen werden. Haßte ich mich anfangs wenig um meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gekümmert, die alle über 20 Jahre alt waren, so wurde ich nach und nach aufmerksam auf sie. Redeten sie auch nicht mit mir, weil ich noch ein Kind war, so hielt sie dies aber deunoch nicht zurück, so manchen Witz, so manche schmerzliche Bemerkung in meiner Gegenwart anzufügen, und ich mit der Eignart der Jugend achtete genau auf ihre Redensarten, auf ihre Unterhaltungen, die sie pflegten. Da lernte ich so manches verstehen, das mich mehr quälte als die ungewohnte Arbeit, das mich die Menschen verachten ließ. — Wie mir, so ist es sicherlich schon vielen ergangen, und in den nächsten Wochen wird es manchem wieder so gehen, nur mit dem Unterschied, daß unsere neue Zeit neue Verhältnisse geboren. Heute haben wir durch die Betriebsräte Einfluß in die Verwaltung der Betriebe, und durch diese kann viel geleistet werden an diesen Rekruten der Arbeit, indem ihre Behandlung

überwacht wird. — Ist es nicht genug, daß diese Menschen — Kinder noch — so früh in den Alltagskampf gezwungen werden, sollen sie, die ohnehin schon so viel erdulden mußten, noch mehr gequält werden, weil sie am wehrlosesten sind? . . .

Überwacht die Anforderungen, die an diese Kinder gestellt werden, und tragt Sorge dafür, daß Lohn und Arbeit nicht allzu sehr differieren. Diese Menschen, im Werden erst, brauchen ihre Kräfte noch so notwendig zu eigenem Körperaufbau, daß es das größte Verbrechen ist, zu großes Verlangen an diese sich entwickelnden Menschen zu stellen. Aber auch etwas anderes noch:

Kollegen und Kolleginnen, seid vorsichtig in der Wahl eurer Gespräche, wenn jugendliche, kaum Schulclassene, anwesend sind. Sie stehen am Scheidewege ihres Lebens, und ihr sollt ihnen Führer sein in dieses neue Leben. Laßt sie teilnehmen an euren Unterhaltungen, damit sie Vertrauen zu euch fassen, doch redet so, daß sie euch achten müssen und euch lieben lernen. Nie, gar nie macht schlechte Witze in ihrer Gegenwart. Denkt daran, diese Menschen durchleben die ausschlaggebendste Zeit ihres Lebens, die Pubertätszeit. In ihrem jungen Körper keimt und wächst es. Tausend unbeantwortete Fragen beschäftigen sie täglich. — Ein loser Witz, ein aufdringliches Wort, und die Brandfackel ist auf den Herd der Leidenschaften geworfen, denen nur eine geringe Widerstandskraft gegenübersteht. Oh, so mancher ist untergegangen zu seinen einstigen Idealen, weil ihn seine Mitarbeiter, denen er in der Fabrik zugeteilt wurde, in diesen Strom der Leidenschaften gestoßen, durch ihre halblös blöden Witze. Macht sie bekannt mit unserem Streben, unserem Willen und unseren Zielen. Sucht sie in Jugendverbänden zusammenzuschließen. Nehmt sie mit auf Wanderungen, und lehrt sie im allgewaltigen Reiche der Natur das große Wort „Freiheit“ verstehen. Sprecht dann mit ihnen über die großen sittlichen Probleme, und ihr werdet dankbare Zuhörer finden, die dem Leben dann künftighin gewachsen sind. Ihr werdet somit an ihnen und am Volke eine Arbeit leisten, in der ihr euch selbst erhaltet über euer Leben hinaus. Denn es ist nachgewiesen, daß Eindrücke, die der Mensch während seiner Pubertätszeit gewinnt, ausschlaggebend für sein Leben werden und nicht nur für sein Leben, nein, diese Eindrücke werden nicht zuletzt den Weg seiner Kinder zeichnen.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, seid Führer am Scheidewege mitterer Jugend, die das Leben aus der Schule zu euch in die Fabrik führt. B. Rich.

Habe einen Jandekabel nach dem anderen angeknüpft, um mit den Landbändlern und der Direktion Ruchhandel zum Erwerb der Arbeiterkraft zu betreiben. Weiter wird mir der Vorwurf gemacht, ich habe in der Feldmühle Gerüchte verbreitet, der freiwillig abgehende Betriebsratsvorsitzende Franz Krüger habe sich 3000 Mk. (dreitausend Mark) von der Direktion für seinen Abgang zahlen lassen. Dann werde ich Lügner, reformistischer Verleumder, größtmöglicher Verräter genannt, der zu den übrigen Minderheiten noch die bluzigste, in der Vertrauensmännerprüfung am 14. Februar d. J. zu verlangen, jede Stellenbesetzung inner- und außerhalb des Betriebes für die KPD. von den aufstellenden Betriebsratsmitgliedern zu unterlassen, widrigenfalls diese nicht auf die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste genommen werden. Die beteiligten Vorkämpfer des Vertriebes haben sich gegenseitig die Schrauben ihres Überflüssigen gelockert und getrennt den Nichtsintenn Centim mit allen legalen und illegalen Mitteln gearbeitet. So viel Worte, so viel Folgen und Verleumdungen. Kann man es jemandem verargen, wenn er aus Reinlichkeitsgründen mit solchen Menschen nur den dringenden notwendigen Umgang pflegt?

Im Bericht heißt es weiter: „obwohl diese Niederlegung zweifellos politisch gesehen ein Fehler war, usw.“ Man kann allerdings den Schmerz der KPD. verstehen, wenn die sorgsam gesponnenen Fäden der kommunistischen Betriebsräte plötzlich zerrissen wurden und die politische Zelle verschwand. Sollte doch in diesem Jahre das Werk gekörnt, die sozialdemokratischen Betriebsräte entfernt und ein nur kommunistischer Betriebsrat und die mit ihm sympathisierenden gewählt werden. Zu diesem Zweck erschien am 11. Januar 1928 ein Artikel in der „Volksmacht“, um Molkenthin ummöglich zu machen. — Es ist anders gekommen. Nur Freigewerkschafter mit teilweise sozialistischem Einschlag wurden für das Jahr 1928 aufgestellt und werden das Geschick der Belegschaft und des Betriebes mit Wahrheit und Ehrlichkeit leiten.

Seit Jahren stand der Betriebsrat der Feldmühle unter kommunistischer Leitung. Der Betriebsratsvorsitzende Ferdinand Wegner zeigte sich mit der Direktion der Feldmühle vor dem Landesarbeitsgericht auf eine Abfindung von 3000 Mark und verzichtete auf die Weiterbeschäftigung im Betriebe. Das Betriebsratsmitglied Emil Müller war hierdurch notwendigerweise gezwungen, ebenfalls eine Abfindung von 1500 Mark einzuwilligen. — Das kommunistische Betriebsratsmitglied Paul Hengst gab sich während der Zeit, wo die Klage schwebte und Wegner nicht im Betriebe war, alle erdenkliche Mühe, um Betriebsratsvorsitzender zu werden. Hengst wandte sich deswegen u. a. auch an mich. Ich gab ihm zur Antwort, für uns ist und bleibt Wegner der Vorstehende des Betriebsrats. Das Recht der Arbeiterschaft lasse ich unter keinen Umständen schmälern. Während der Amtslosigkeit Wegners wurde im Betriebsratszimmer kommunistisches, politisches Propagandamaterial durch Hengst vertrieben. Er übermittelte der Direktion Berichte über Vorkommnisse aller Art und lenkte den Verdacht der Arbeiterschaft auf den jetzigen Betriebsratsvorsitzenden Otto Molkenthin. Seit dieser Zeit besteht die Hege gegen Molkenthin, der sich selbstverständlich wehrte. Ein gutes Zusammenarbeiten war dadurch unmöglich gemacht. In der Sitzung am 14. Februar d. J. sagte Krüger zu Molkenthin: Der Verdacht ist von dir genommen, der der Verräter ist, wissen wir ja“ (gemeint war Hengst). Hengst affizierte unsere beiden jugendlichen Mitglieder Willi Seeger und Alfred Braun. Diese hatten Beiträge von pro Woche 55 Pf. zu leisten und wurden auch nur diese Marken geklebt. Hengst ließ sich aber 65 Pf. pro Woche bezahlen. Hengst nahm außerdem ungebührlich die Mitgliedskarte des Seeger mit nach Ruhland, die er zurücksenden wollte. Bis heute ist diese nicht eingetroffen, so daß wir annehmen müssen, die Marken sind überhaupt nicht in die Karte geklebt. In diesem Falle würde eine Unterbringung in Betracht kommen. Unter diesen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn auch Pinkertonspiegel im Betriebe bei verschiedenen Anklößen und genaue Namen und Adressen der KPD.-Mitglieder aufhien.

Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Franz Krüger kehrte am 20. Februar von Berlin von der Aufstufung der Firma zurück, nahm seine Entlassung an und erhielt noch für 14 Tage Lohn. Das KPD.-Betriebsratsmitglied Arthur Sterling nahm etwas später eine Entlassung und erhielt ebenfalls für 14 Tage Lohn ausbezahlt. Am Entlassungstage Krügers soll eine Anweisung über 3000 Mark zu besondere Zwecke im Betriebe der Feldmühle eingegangen sein. Ich behaupte, Krüger hat eine größere Summe erhalten als die 4 Tage Lohn; wer an dem Rest beteiligt ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich ermahne hierhalb Klage und werde den Wahrheitsbeweis vor Gericht antreten.

Die Betriebsratsmitglieder sollen die Interessen der Arbeiterschaft des Betriebes vertreten, auch für Abfindungen darf dieses Recht nicht ohne Gerichtsbeschluss preisgegeben werden.

Der jetzige Betriebsratsvorsitzende, Elektriker Molkenthin, erhält pro Stunde 80 Pf. wie seine Kollegen der gleichen Berufsgruppe, nicht mehr, wie in dem Bericht angegeben wird, dazu monatlich eine Durchschnittsprämie von 18 Mark. Molkenthin hat die mühseligste Arbeit im Kesselhaus zu verrichten, während andere Elektriker in anderen Betriebsabteilungen mit sauberer Kleidung arbeiten und außerdem zu ihrem Stundenlohn von 80 Pf. eine Durchschnittsprämie von 20 Mark erhalten. Molkenthin hat bezeugt, von der Sonntagsarbeit befreit zu werden, was die Direktion unter dem Hinweis ablehnte, seine Kollegen müssen diese ebenfalls leisten. Molkenthin ist seit 1907 organisiert und leistet gute wie früher rege Organisationsarbeit.

Der Kollege Kländer und ich haben bisher jeden vertreten, wenn er auch Kommunist war.

Arbeiterschaft der Feldmühle sowie der übrigen Betriebe, macht sich frei von dem kommunistischen Spuk! Trete ein in die freigewerkschaftliche Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, damit er wirksame Arbeit für die arbeitenden Schichten leisten kann. Werdet Leser des „Volksboten“, damit der Geist geschult und ihr allen Anforderungen gewachsen seid!
Richard Lersow.

Bericht des Gauers 12 über das Jahr 1927.

Das Wirtschaftslieben unseres Gaubezirks ist durch die Begehungsverhältnisse und das Abgrenzungsverhältnis des Saargebietes von dem Reich allgemein stark beeinflusst, jedoch hat es sich gegenüber dem Vorjahr weit produktiver gestaltet und erfreulicherweise zum Wiederaufbau einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Diese Tatsache spiegelt sich in einem Jahresvergleich der Erwerbslosenbewegung. Während am Ende des Jahres 1926 die Zahl der Erwerbslosen in der Rheinpfalz sich noch auf 39 078 belief, erfuhr sie im Laufe des Jahres 1927 einen Rückgang um 16 228 auf 22 848. Einen ähnlichen Rückgang haben wir auch in unserem Gau teil Baden und Wobegau zu verzeichnen. Mit der Besserung der Wirtschaftslage hielt naturgemäß auch die Arbeitsmarktlage Schritt. Trotzdem hatten wir innerhalb unseres Gaubezirks immer noch eine große Anzahl von erwerbslosen Mitgliedern. Gegenüber dem im vorigen Jahre besonders nachteiligen Sturz der französischen Währung, der die Abhängigkeit der pfälzischen Industrie ins Saargebiet besonders beeinträchtigte, ist, obwohl die geschäftlichen Beziehungen zum Saarstaat sich gegen Jahresende 1926 im allgemeinen gebessert hatten, heute doch noch ein Hemmnis in den französischen Schutzmaßnahmen festzustellen, weil die pfälzische Industrie, deren Abhängigkeit sich früher hauptsächlich auf das Saarrevier ausdehnte, durch ungenügende Zollsätze in ihrer Entwicklung behindert ist. Ebenso hat das Saargebiet unter diesen Verhältnissen zu leiden.

Mitgliederbewegung.
Die Mitgliederzahl im Gau 12 beträgt 13 635 gegenüber 12 609 im Vorjahr, somit ein Zugang von 826 Mitgliedern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Ende des 3. Quartals 45 Mitglieder der Zahlstelle Bruchal und 383 Mitglieder der Zahlstelle Hagenbach, insgesamt 431 Mitglieder, durch Verweisung mit der Zahlstelle Karlsruhe an den Gau 11 abgegeben wurden, sonst hätten wir einen Zugang von 1257 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieses Ergebnis ist nicht befriedigend, aber immerhin darf konstatiert werden, daß diese

Mitgliederbewegung geringer ist, wenn sich auch der Anstieg langsam vollzieht. Die Beitragsleistung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozente von 41,3 auf 43,8 pro Kopf gebessert, jedoch ist sie ungenügend. Daß die Funktion noch sehr groß ist, beweisen die Zu- und Abgänge und findet ihre Erklärung in den Betriebsverhältnissen, wovon wir leider im Gau 12 sehr betroffen sind. Die durchschnittliche Beitragshöhe im Gau beträgt nach Abrechnung der 10- und 5-Pf.-Beitragsmarken 79,3 Pf.

Lohnbewegungen wurden in allen für uns zuständigen Betrieben und Industrien eingeleitet und durchgeführt. Lohnsteigerungen von circa 8 bis 9 Prozent wurden erreicht. Bedauernd ist dieses Ergebnis nicht, aber Lohnfragen sind Nachfragen, und muß endlich der Arbeiterschaft klar werden, daß nur durch eine geschlossene Organisation größere Erfolge zu erzielen sind. Unorganisierte, sympathisierende oder Parteilose sind keine Kämpfer, sondern unterliegen das Unternehmertum.

Unfallgeschäden, Unfallverhütung und Vergiftungserscheinungen müssen sich unsere Betriebsräte, Vertrauensleute und jedes einzelne Mitglied mehr widmen als es bisher geschah. Durch Lichtbildervorträge werden wir Aufklärungsarbeit leisten.

Gemeindefe Vergiftungserscheinungen haben wir zwei aus der J.-G. Farbenindustrie zu verzeichnen, und zwar durch Einatmen giftiger Gase und durch Überfütten von Anilind. Im ersten Fall erkrankte der Vergiftung durch Äthylchlorhydrin, Äthylchlorid und Trichlor-Äthyl. Ein Laborant bekam von seinem Chef den Auftrag, ihm seine Hosen, die mit Teer verspritzt waren, mit den vorgenannten Substanzen zu reinigen. Durch die Vermischung derselben entstanden giftige Gase, die den Laboranten im Verlauf von sechs Stunden töteten. Im zweiten Fall war der Arbeiter mit dem Transport von Anilind beschäftigt, welches sich in Blechkannen von 50 Kilogramm Inhalt befand. Diese Kannen mußten auf einen Aufzug gestellt werden. Der Arbeiter öffnete vorzeitig die Tür und stellte die Kanne schon bis zur Hälfte auf den Rand, ehe der

Versuche

immer wieder, dem Unorganisierten klar zu machen, daß die Organisation ein aus der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise herausgewachsene dringende Notwendigkeit ist. Zeige ihm die Folgen für die Arbeiterschaft auf, die sich aus der Organisationslosigkeit für die Arbeiterschaft ergeben würde, frage ihn, ob er

es

nicht für ein furchtbares Unglück halten würde, wenn die Arbeiterschaft insgesamt so wie er unorganisiert herumlaufen würde. Arbeitszeit, Entlohnung und Behandlung wären unerträglich, es gäbe weder Schutz noch Hilfe für das Proletariat, weder Tarifvertrag

noch

Entlassungsschutz. Lediglich die Willkür des Unternehmers würde über Wohl und Wehe der Arbeiterfamilien entscheiden. Da Reichtum bei den meisten Menschen Sinn und Herz verhärtet, besonders bei den „mit Reichtum geborenen“, ist die Zahl der humanen Unternehmer äußerst gering. Da ist es die Organisation, die der Arbeiterschaft Achtung und Wertung verschafft. Deshalb mußt auch du endlich

einmal

eintreten, daß du mit deinem Eintritt in den Verband eine sittliche Pflicht erfüllst. So mache denn jetzt den Anfang, dann soll dir deine seitherige Unsolidarität vergessen sein.

Aufzug in der Höhe war. Die Kanne fiel um und das Anilind lief aus. Dadurch entstand die Vergiftung. — Gemeindefe Unfälle haben wir 21 zu verzeichnen, alle aus der J.-G. Farbenindustrie. Sollen in allen anderen chemischen Fabriken und Industrien keine Unfälle noch Vergiftungserscheinungen zu verzeichnen sein oder sind sich unsere Betriebsräte in diesen Industrien und Betrieben ihrer Aufgabe nicht bewußt? Daß gar keine Betriebsunfälle oder Vergiftungserscheinungen vorkommen sollen, wird schon durch die Berichte der Berufsgenossenschaften widerlegt. Wir erwarten deshalb, daß wir im Jahre 1928 etwas besser unterrichtet werden. Wenn die von uns herausgegebenen Fragebogen benutzt werden und bei jedem Unfall eine Aufnahme erfolgt und die Fragebogen in einer Aktenmappe auf verwahrt werden, dann kann der Betriebsrat zu jeder Zeit und noch nach Jahren über den vorgekommenen Unfall Auskunft geben. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit, weil niemand weiß, welche Unfallfolgen aus dem vorgekommenen Unfall entstehen können. — Unter den 21 gemeldeten Unfällen haben wir 7 Tote, darunter 6 Familienväter mit 11 Kindern und ein Lediger. Bei den übrigen Unfällen sind es 13 Familienväter mit 20 Kindern und 1 Lediger. An den 21 gemeldeten Unfällen waren beteiligt: 15 Arbeiter, 4 Prämiendarbeiter und 2 Stundenlohnarbeiter. Bedauerlicherweise fehlt die Ausfüllung der Fragebogen über die Dauer der Erwerbsunfähigkeit.

Die Entwicklung unserer Organisation war im Jahre 1927 eine gewinnere an Mitgliederzahl wie in finanzieller Hinsicht, als im Vorjahre, jedoch nicht zufriedenstellend. Darf oder kann man aber unter diesen wirtschaftspolitischen Verhältnissen zufrieden sein? Die Stellenarbeit der KPD. hat abgewirksam, an Stelle dieser ist die nächste Gewerkschaftspolitik getreten. Das gibt Hoffnung auf eine größere Geschlossenheit und Einigkeit der wirtschaftlich organisierten Arbeiterschaft. **Schreiber.**

Verschiedene Industrien

Auswirkungen verkehrter Lohnpolitik.
Über Lohndruck und Geschäftszynismus in der Spielwarenindustrie insbesondere dort, wo neben Betriebsarbeitern auch Heimarbeiter beschäftigt werden, haben wir schon des öfteren berichtet. Wie die Auftrag- und Arbeitsgeberallüren zum Schaden der Spielwarenindustrie wirken, davon ein Beispiel:
Anlässlich des letzten Weihnachtsgeschäftes wurde in den Spielwarengeschäften in Johannesburg von der „Rand Daily Mail“ eine Umfrage über die Herkunft der Spielwaren, Jahressverhältnisse usw. veranstaltet. Danach wird der nicht-englische Spielwareneport nach Südafrika immer mehr durch den englischen beiseite gedrängt. Als Grund für die Verdrängung der nicht-englischen, besonders deutschen, Spielwaren wird angegeben, daß das südafrikanische Kind haltbares, sorgfältig ausgeführtes Spielzeug dem billigen Spielzeug vor-

zieht. Die Neigung gehe immer mehr dahin, größeres, kostspieligeres und dauerhaftes Spielzeug zu kaufen. Beim letzten Weihnachtsgeschäft in Johannesburg habe England mit 60 Prozent den Markt beherrscht, besonders mit aller Art besseren Räderpielzeugs, Charakterspielwaren, Spielen und Sportartikeln für den Gebrauch im Freien und im Zimmer, Tieren aller Art, besseren Puppen und dergleichen. Besonders lebhaft sei die Nachfrage nach Tieren gewesen.

Der Anteil Deutschlands habe sich Weihnachten 1927 in der Hauptsache auf Blechspielwaren, Celluloid- und anderen Puppen, sowie Musikinstrumente beschränkt. Es wird darauf hingewiesen, daß deutsche Firmen bei größeren Abgängen mit entsprechenden Preisabschlüssen nicht immer wünschbaren Mustern entsprechend lieferten, daß irgend eine Kleinigkeit an deutschen Lieferungen fehle, oder daß die Waren zum Ausgleich des Preisnachteils in der Ausführung billiger gehalten seien, während englische Firmen sich genau an den Auftrag hielten. Nach Ansicht deutscher Fachleute in Johannesburg sind die Angaben über das Vordringen englischer Spielwaren auf dem südafrikanischen Markt jedoch übertrieben; allerdings hätten die englischen Spielwaren an dem letzten Weihnachtsgeschäft einen etwas größeren Anteil gehabt, als in den früheren Jahren. Das liege z. T. aber daran, daß Spezialgeschäfte und bessere Warenhäuser dem Publikum mehr teure als billige Spielwaren empfehlen, weil das Geschäft in billigen Spielwaren die Bazare (Warenhäuser, die in der Hauptsache billige Waren und Ramsch, ael führen) an sich geritten haben. Diese Bazare, die hauptsächlich an Eingeborene verkaufen, haben in letzter Zeit große Mengen billiger Spielwaren in Europa, und besonders in Deutschland, aufgekauft. Dabei gelang es ihnen, die Preise bei Barzahlung so zu drücken, daß in Südafrika konkurrenzlos billig verkauft werden konnte.

Wenn die deutsche Spielwareneportindustrie sich nicht darum bemüht, auch den Absatz besserer deutscher Spielwaren an die Spezialgeschäfte und Warenhäuser in Südafrika zu fördern, unter Anpassung an den vorherrschenden Geschmack und an die englischen Methoden, so liegt darin eine gewisse Gefahr. Beim letzten Weihnachtsgeschäft fanden z. B. Tiere, die „Bonzo“, eine bekannte englische Hundekarikatur, reißenden Absatz. Die Bevorzugung der besseren und teureren Spielwaren ist, abgesehen von der Frühreise der englisch erzogenen Jugend, darauf zurückzuführen, daß Vereine, Kirchen- und Schulgemeinden usw. zu Weihnachten Sammlungen für Weihnachtsgeschenke an die Kinder ihrer Mitglieder veranstalten, und daß die Bergwerksverwaltungen zu diesem Zweck große Summen zur Verfügung stellen. Nach den gemachten Erfahrungen werden bei diesen Gelegenheiten nur Spielwaren in mittlerer, hauptsächlich sogar in höherer Preislage ange-

schafft. Die Umfrage der „Rand Daily Mail“ hat zweifelsohne eine Reihe Gesichtspunkte erneut zu Tage gefördert, die den interessierten Spielwarenkreislagen zu denken geben müssen. Wer aus der Praxis stammt, weiß, daß es in einer Reihe von Geschäften der Spielwarenindustrie üblich ist, daß, wenn Aufträge hereingekommen sind, die nicht genügend Profit versprechen, der Preis- und Lohndruck auf Spielwarenersteller und Heimarbeiter beginnt. Diese Spielwarenersteller und Heimarbeiter können auf Grund dieses Preis- und Lohndruckes keine Qualitätsware herstellen, sondern müssen zu einem billigeren Material greifen, um annähernd auf einen ertäglichen Lohn zu kommen. Durch diesen Umstand leidet die Qualität; es wird ausgesprochener Schund ausgeführt. Soll sich die deutsche Spielwarenindustrie nach wie vor gegen die fremdländische Spielwarenindustrie auf dem Weltmarkt durchsetzen, dann muß die Parole sein, auch dem letzten Preis- und Lohndrucker in der Spielwarenindustrie das Handwerk zu legen, damit für Herstellung guter Qualitätsware in der Zukunft der Weg frei ist. **H. Eklein.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Köln. Die Jahresgeneralversammlung war am 14. März 1928. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Hertwig. Das abgekauene Geschäftsjahr stand im Zeichen der Hochkonjunktur. Am 1. Januar 1927 hatten wir in Köln 53 117 Arbeitslose, am 31. Dezember 1927 33 454 Arbeitslose. Unsere Zahlstelle hatte am 1. Januar 1927 1287 Arbeitslose am 31. Dezember 1927 236 Arbeitslose. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug in der Zahlstelle am 1. Januar 1927 455, am 31. Dezember 1927 35. Im Berichtsjahre wurden 34 Betriebe stillgelegt, die zusammen 2308 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten. Die gesamten Sprengstoffbetriebe liegen still. Durch die Rationalisierung hat sich die Zahl der Beschäftigten im Berichtsjahre um 1650 verringert, so daß insgesamt 3958 weniger Beschäftigte in den Betrieben zu verzeichnen sind. In Dormagen bei Köln wurde eine Kunstseidenfabrik von der J.-G. Farbenindustrie errichtet, die zur Zeit 1000 Arbeiterinnen und 600 Arbeiter beschäftigt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Belebung der Industrie hat sich für unsere Zahlstelle außerordentlich günstig ausgewirkt. Das Vertrauen zur Organisation und das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft hat gute Früchte gezeitigt. In allen Industriezweigen ist es uns gelungen, die Lohnsteigerung pro Woche um 10 bis 15 Proz. zu erhöhen. Die Lohnsteigerung pro Woche und Mitglied beträgt 2 Mark bis 9,20 Mark. Die Gesamtlohnsteigerung 2 091 303 Mark pro Jahr. Im Arbeitszeitfrage wurden 4 415,95 Mark ausbezahlt. Auch in der Arbeitszeitfrage wurden auf der ganzen Linie bemerkenswerte Fortschritte erzielt. In der chemischen Großindustrie ist es uns gelungen, für 62 Prozent der Arbeiterschaft den Achtstundentag einzuführen. In den anderen Industriezweigen sind ähnliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt pro Woche 1-12 Stunden, pro Jahr 1 626 000 Stunden. Die Bildungsbestrebungen sind besonders gefördert worden. Am freigewerkschaftlichen Seminar für Wirtschaft und Sozialwissenschaft hatten sich 93 Kollegen und Kolleginnen gemeldet, daran teilgenommen haben 89. Als Hörer an der Verbandsschule in Wemiggen hatten sich 10 Kollegen gemeldet, daran teilgenommen haben 5. Darüber hinaus hat die Ortsverwaltung versucht, durch belehrende Vorträge das Wissen unserer Mitglieder zu erweitern. Als Vortragende waren tätig: Bildungssekretär Schack, Genosse Schulte, Genosse Weingart, Frau Kirchmann-Rohlf. Insgesamt wurden 8 Vortragskurse abgehalten, die von 550 Teilnehmern besucht waren. Die Agitation ist im stärksten Ausmaße betrieben worden. Im Berichtsjahre wurden abgehalten: Informationsen in den Betrieben 351, Abrechnungen außerhalb des Bereichs 191, Betriebsbesprechungen 312, Verhandlungen mit Unternehmern 163, Sitzungen aller Art 99, am Landes- und Arbeitsgericht 86, Vertrauensmännerprüfungen 57, Arbeitstraktationen 44, Mitgliederveranstaltungen in den Bezirken 30, Sitzungen an den Zahlstellen 27, außerordentliche Kassenrevisionen 8, Konferenzen der Branchen 7, sonstige Veranstaltungen 1057, insgesamt 1257. An Posteingängen haben wir zu verzeichnen: 157, an Postausgängen

4936. Einladungszettel für Versammlungen wurden 128 300 Stück auf unserem Bureau hergestellt. Die Hausagitation wurde fortlaufend betrieben. Ingesamt wurden 1225 Adressen bearbeitet. Davon wurden 555 Mitglieder für den Verband gewonnen. Die Kollegen Brankhy, Toppel und Lindner haben auf diesem Gebiete Großes geleistet. Der Ausgang der Betriebsrätewahl kann uns mit besonderem Stolz erfüllen. Trotz der Gegenagitation des christl. Fabrik- und Transportarbeiterverbandes haben wir fast durchgängig Erfolge erzielt. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre um 1500 gestiegen, und beträgt 2529 männliche und 2545 weibliche. Der Markenumsatz im 4. Quartal betrug pro Mitglied 13,4. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Bohz. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 169 536,96 Mark, die der Lokalkasse 60 593,24 Mark. Der Kassenbestand beträgt 49 142,27 Mark. Der Markenerwerb beträgt 231 266 Stück. Der Hauptkassenbericht betrug insgesamt 88 920,06 Mark übermies. Interessant war die Feststellung des Kollegen Hertwig, daß auch im 1. Quartal mit einer weiteren Zunahme der Mitgliederzahl und erhöhten Einnahmen bestimmt zu rechnen ist. Nach den bis jetzt verzeichneten Wochenberichten sind die Einnahmen dauernd im Steigen begriffen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Mitglieder der Ortsverwaltung einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ berichtete Kollege Hertwig über die Errichtung eines neuen Volkshauses. Auf Beschluß der Ortsauschussvertreterversammlung erhöhen sich ab 14. Vertragswoche in sämtlichen Beitragsklassen die Beiträge um 5 Pf. pro Woche. P. Hertwig.

Frauenfragen.

Frauenkonferenz im Gau 1.

Am 18. März tagte im „Volkshaus“ zu Hannover eine Konferenz der arbeitenden Frauen und Mädchen unseres Verbandes. 59 Kolleginnen aus verschiedenen Orten und Betrieben waren erschienen, um ihr Interesse an der Organisation zu bekunden und die Frauenprobleme im gewerkschaftlichen Sinne zu erörtern. — Kollege Scheinhart wies in seiner Begrüßung u. a. darauf hin, daß diese erste Frauenkonferenz ein Anlaß sein soll für eine wirkliche gewerkschaftliche Frauenagitation. Die Arbeiterinnen sollen dreimal von den Arbeiterinnen unserer Organisation selbst in ihrer Bedeutung aufgezeigt und für die Praxis diskutiert werden.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Die Bedeutung der Gewerkschaften für die arbeitenden Frauen und Mädchen führt Kollegin Anna Jannert überzeugende Beispiele und Argumente für unsere wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Arbeiterin an. In den letzten Jahren ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen bedeutend gestiegen. Während nach der Berufszählung vom Jahre 1907 die Zahl der erwerbstätigen Frauen 8 500 543 betrug, steigerte sich diese Zahl bis zum Jahre 1925 auf 11 477 684. Ganz besonders ist die technische Entwicklung mit all ihren Begleiterscheinungen ein Förderer der Frauenarbeit gewesen. Hinzu kommen die geringen Verdienste der Familienmütter, die eigentlich erst die Frau, das kann der Schule entwachsene Mädchen in das Erwerbsleben zwingt. Durch ihre biologische Beschaffenheit ist die Frau den Berufsgefahren in weit höherem Maße ausgesetzt als der Mann. Das beweisen auch zur Genüge die Krankenkassenstatistiken. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist es den Gewerkschaften nach jahrelangen Kämpfen gelungen, auch die arbeitende Frau in der Erwerbslosenversicherung dem Manne gleichzustellen. Am 1. Oktober 1927 ist das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten. Ebenfalls gelang es durch den Einfluß der Gewerkschaften, den Arbeiterinnen im Interesse der Arbeiterinnen weiter auszubauen. Die Schwangeren- und Wöchnerinnenbestimmungen liegen seit dem 1. August 1927 in verbesserter Form vor. Leider stehen die niedrigen Frauenlöhne besonders in der Entwicklung und Ausübung der bestehenden Rechte. Der Kampf der Gewerkschaften um höhere Frauenlöhne, um gerechte Anerkennung des Wertes der Arbeitsleistung der Frauen muß Widerhall bei den arbeitenden Frauen und Mädchen finden. Die Kolleginnen müssen zur Mitarbeit bereit sein. Sie müssen erkennen, daß eine Besserstellung ihrer Lebenslage nur durch organisatorische Zusammenfassung aller Arbeiterinnen im Betrieb möglich ist. Deshalb die Parole: Auf zur Agitation unter den arbeitenden Frauen und Mädchen zur Gewinnung neuer Streiter für ein besseres Frauenleben!

Zu Punkt 2 der Tagesordnung macht Kollege Parjsh folgende Ausführungen über: Die Frau in Staat und Gesellschaft. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung löste die Harmonie der häuslichen Gemeinschaft auf. Ohne die freie Geburt der Mutter müssen viele Proletkinder aufwachsen. Die Frauen müssen den Kampf führen gegen die Klassenverhältnisse in der Gesellschaft. Nur durch Kampf um die Befreiung vom Joch der Ausbeutung kann die Frau zu voller Geltung im Staat und in der Gesellschaft gelangen.

Zu Punkt 3 mit Beifall angenommenen Referate schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der 18 Kolleginnen das Wort ergriffen. Die wichtigsten Punkte, Lohn-, Überstunden- und Betriebsrätefragen wurden erörtert und besprochen. Auch die Schwierigkeiten in der Frauenagitation wurden hervorgehoben. Die Ausführungen der Kolleginnen zeigten, die auch die Frauen verstehen, die so wichtigen Stelle anzureichern und Verbesserung ihrer Lage zu fordern. Deutlich wurde die Notwendigkeit dieser Konferenz betont und bewiesen. In alle Gemeinden aber ergoß der Ruf: Macht's eben! Die Kolleginnen wollen gerufen sein, und ihre Mitarbeit ist dann so hoch, wie sie für unsere Organisation schon längst dringend ist.

Es muß nicht sein!

Von Elise Bruggmann.

Wir haben stets geduldig still getragen
Des Alltags Lasten und des Daseins Mühen,
Wir haben uns demütig allen Plagen,
Sah'n zeitlich eines Glückes Rosen blühen,
So unangenehm ist's nicht, wir uns zu drehn,
Nicht Menschen mehr, nur Sklaven noch zu sein.

Ein Frauenleben — ach — was will das sagen?
Ihr Kummer erst mit Euch nur und Gewinn,
Ihr steht in leuchtend'ner Ausweg
Reich über uns're Lebenszeiten hin,
Euch laßt ein jeder Tag voll Sonnenglanz,
Erfüllt mit Reichtum, Freude, frohem Tanz.

Doch Sie und da — wenn Ihr durch Süße schreiet,
Wo an Maschinen rastlos, emsig schaffet
Die Arbeit, und von harter Not geleiht
Euch Feld und Herrlichkeit zukunftsrafft:
— auch im Stillen nicht das Kleid an
Und steht mit freier Hand aus Herz auch dann?

Ihr reichen Mütter, die ihr eure Kinder
Voll Jubel und Liebe und sie hasset sein,
Das arme Weib, es liebt sein Kind nicht minder
Und muß den ganzen Tag doch fern sein!
Und ob das Herz sich heult in wahrster Pein,
Es sagt sich still: „Ach Gott, es muß ja sein!“

So haben wir geduldig still getragen
Des großen Alltags unermüdetes Joch,
Doch ob des Elends Jammer uns hart geschlagen,
Des Herzes Leid und Hoff' und Licht sich wasch,
Es muß ja sein? — Ihr glaubt's länger nicht,
Und uns're Zukunft wird euch zum Gericht.

Ihr Frauen auch ergränzt ein Morgen,
Der Schwermut Jammert eurer Fröhlichkeit;
Ihr wandert, beglückt und ohne Sorgen
Schlingt darn unser Leid: „Es muß nicht sein,
Doch froh und frei und glücklich sind die einen,
Derweilen andere in Armut weinen!“

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang März 1928.

Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes am Anfang des Märzmonats zeigt zwar eine gewisse Entlastung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedoch recht mäßig und weit geringer als für eine gute Wirtschaftsjunktur, die nach allen Berichten noch immer vorhanden ist, erwartet werden kann. Es betrug die Zahl der unterstufsten Erwerbslosen:

	Von d. Arbeitslosen- Verband unterstufst	Von der Arsen- fürsorge unterstufst	Insgesamt
1. Januar 1928	1 188 500	211 400	1 399 900
15. Januar 1928	1 371 000	228 200	1 599 200
1. Februar 1928	1 333 000	215 000	1 548 000
15. Februar 1928	1 291 000	215 500	1 506 500
1. März 1928	1 297 500	215 000	1 452 500

Demnach ist die Zahl der unterstufsten Erwerbslosen von Mitte Januar bis zum 1. März nur um 147 000 zurückgegangen. Die Lage des Arbeitsmarktes in den Industrien unseres Organisationsgebietes

zeigt im allgemeinen eine nicht ungünstige Entwicklung. Unsere Arbeitslosenstatistik weist einen nicht unerheblichen Rückgang unserer erwerbslosen Mitglieder auf. Unsere Statistik erfaßt für Anfang März insgesamt 417 260 oder 97 Prozent unserer Verbandsmitglieder. Erfreulicherweise ergab die Statistik, daß die Mitgliederbewegung auch im letzten Monat eine erhebliche Aufwärtsentwicklung genommen hat. Davon waren insgesamt 36 481 oder 8,7 Prozent arbeitslos und 9952 oder 2,3 Prozent arbeitslos verkurzt. Die entsprechenden Verhältniszahlen im Vormonat waren 9,9 Prozent Arbeitslose und 2,8 Prozent Kurzarbeiter. Werden die Kurzarbeiter nach den statistischen Angaben über die Dauer der Kurzarbeit auf Vollerwerbslose umgerechnet, dann war der Prozentsatz der vollbeschäftigten Verbandsmitglieder 90,4 Prozent gegen 89,2 im Vormonat und 84,4 bzw. 74,6 in den entsprechenden Monaten der Jahre 1927 und 1926. Wie in den einzelnen Industriegruppen die Lage des Arbeitsmarktes sich gestaltete, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:	Von je 100 Mitgliedern											
	waren arbeitslos						arbeiteten verkurzt					
	Ende Januar 1928		Ende Februar 1928		Ende Januar 1928		Ende Februar 1928		Ende Januar 1928		Ende Februar 1928	
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
In der Industriegruppe:	10,1	9,0	9,9	9,0	7,7	8,7	2,5	4,0	2,8	2,0	3,4	2,3
Chemische Industrie	6,2	8,7	6,8	5,1	6,5	5,4	1,9	5,3	2,7	1,7	4,3	2,3
Papier-Industrie	3,2	4,1	3,4	3,1	3,8	3,2	0,8	1,4	0,9	0,7	1,3	0,8
Nahrungsmittel-Industrie	8,4	12,4	9,4	8,3	12,8	9,4	3,7	2,4	3,3	2,2	1,4	2,0
Spielwaren, Blumen usw.	23,1	16,7	19,8	17,1	13,1	15,0	14,9	12,7	13,8	10,9	11,1	11,0
Sonstige Industrien	17,6	10,1	15,4	17,0	9,4	14,8	1,5	2,6	1,8	2,2	3,5	2,6
Keramischer Bund insgesamt:	13,5	8,9	12,6	11,8	7,6	11,0	3,0	3,8	3,1	2,3	3,0	2,4
a) Porzellan-Industrie	6,2	5,4	5,9	5,7	4,5	5,2	6,0	5,9	6,0	4,3	4,2	4,3
b) Glas-Industrie	9,0	7,0	8,8	9,1	7,3	8,9	2,6	1,4	2,4	3,2	2,3	3,1
c) Grobkeramik und Baustoffe	19,7	18,7	19,6	16,1	15,1	16,0	1,9	0,6	1,7	0,9	0,5	0,9

Fast alle Industriegruppen unseres Verbandes weisen eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades auf. Am stärksten tritt dieses in der Spielwarenindustrie, in der Gruppe Grobkeramik und in der chemischen Industrie in Erscheinung. Die günstigste Arbeitsmarktlage hat noch immer die Papiererzeugung mit 5,2 Prozent Arbeitslose. Dann folgt die chemische Industrie mit 5,4 Prozent. Aus der Gruppe Grobkeramik werden Vorarbeiten für den Kampagnebeginn in der Siegelindustrie gemeldet. In den übrigen Baustoffindustrien ist der Beschäftigungsgrad verhältnismäßig günstig.

In der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit steht Württemberg und Baden mit 4,9 Prozent und Pfalz mit 5,9 Prozent arbeitslos am günstigsten. Dann kommen Schlesien mit 6,3 und Brandenburg einschl. Berlin mit 6,7 Prozent. Die ungünstigsten Verhältniszahlen haben Ostpreußen mit 18,6, Pommern mit 15,4, und Hannover mit 10,8 Prozent Arbeitslosen. Diese Bezirke werden insbesondere von dem jahreszeitmäßigen Darniederliegen der Baustoffindustrien stark beeinflusst. G. R.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Wissenschaftler und Politiker zur Sozialversicherung.
Der Anspruch aus der Versicherung gehört zum gerechten Lohn und ist deshalb, wie der Lohn überhaupt, aus Mitteln der Wirtschaft zu decken.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.
Der Arbeitgeber hat ein Interesse daran, daß der Arbeitsertrag gehoben wird. Es ist unbestritten, daß ein ausgebautes Sozialversicherungssystem die arbeitenden Klassen von schweren Sorgen befreit und die Arbeitswilligkeit in erheblichem Maße fördert. So wurde von hervorragender Seite erklärt: Vom Standpunkt der Arbeitgeber sind die Sozialversicherungsgesetze vorteilhaft, weil sie die Arbeitswilligkeit des Arbeiters steigern.

David Lloyd George in „The Peoples' Insurance“.
Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß für die soziale Versicherung die staatliche, mit Zwang ausgerüstete Organisation das richtige ist. Ohne den Versicherungszwang werden nur Bruchteile der Arbeiterklasse die Vorteile der Versicherung genießen und diese sich aus der Oberschicht zusammensetzen.

Prof. Dr. Moldenhauer, M. d. R., in „Das Versicherungswesen“.
Die Zwangsversicherung erscheint geradezu als die Voraussetzung für eine wirksamere und ausgedehntere Selbsthilfe und die Entlastung fruchtbarer charitativer Hilfsanstalten.

Phillippovich „Grundriss der Politischen Ökonomie“.
Der Ausbau der Sozialversicherung befreit die Arbeitgeber von moralischen und materiellen Verpflichtungen, die sie gegenüber ihren Arbeitnehmern haben.

E. Collin in „Le travail et les questions ouvrières“.
Die in der letzten Zeit von gewisser Seite eingeleitete Hege gegen die Krankenkassen verurteile ich aufs entschiedenste. Was die Krankenkassen in ihrem mehr als 40jährigen Bestehen gesundheitlich, seelisch und wirtschaftlich im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes geleistet haben, kann nicht hoch genug eingeschlagen werden.

Präsident des Reichsversicherungsamts Schäffer,
auf der Tagung der Ges. f. soz. Reform am 29. Juni 1927 in Hamburg.

Rundschau.

Afghanistan.
Der glänzende Empfang, der dem Afghanenkönig Amanullah bei seinem europäischen Besuch sowohl in Deutschland wie in England und Frankreich zuteil wurde, ist vielfach mit den günstigen Ansichten einer europäischen Ausfuhr nach Afghanistan begründet worden, wofür man sich die Gunst des Afghanenkönigs gern sichern wollte. In Wirklichkeit kann von einer größeren Ausfuhr nach Afghanistan aus europäischen Ländern für absehbarer Zeit keine Rede sein. Die Bedeutung des mittelasiatischen Gebirgslandes Afghanistan liegt ausschließlich auf weltpolitischem Gebiet, da es einen Pufferstaat zwischen Rußland und Indien darstellt. Bekanntlich hat sich Amanullah 1925 von England unabhängig erklärt und steht seitdem in gemeinsamer Front mit Rußland und Persien. Die englische Regierung ist nun bestrebt, den abtrünnigen König, dessen Vorjahren in englischen Geld fanden, aus politischen Gründen wiederzugewinnen. Ein reger Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland ist aber in Afghanistan nicht vorhanden. Die Ein- und Ausfuhr beschränkt sich allein auf Indien und Rußland und auch dies erfolgt nur in sehr engen Grenzen. Vorläufig ist in Afghanistan noch keine einzige Eisenbahn gebaut, was die Entwicklung eines Ausfuhrhandels stark hindert. Das größte Hindernis für die Ausfuhr nach Afghanistan ist aber die Armut der Afghanen, die z. T. noch als Nomaden von Viehzucht leben, z. T. aber den Boden unter großen Entbehrungen auf regenarmerm Gebiet mit künstlicher Bewässerung auf dünnflüssige Art bebauen. Eine Industrie ist in Afghanistan überhaupt nicht vorhanden. Mit der Ausbeutung der reichlich vorhandenen mineralischen Naturkräfte ist in absehbarer Zeit, solange eine wachsende Rohstoffverknappung der Welt das ausländische Kapital nicht anlockt, nicht zu rechnen. Das Durchschnittseinkommen des Afghanen beträgt 15 bis 30 afghanische Rupien, die Rupie zu 75 Pfennig gerechnet, 12 bis 22 Mk. im Monat; dazu wird er durch gemessige Steuern angezehrt, die zum großen Teil der Verschwendungssucht des Königs Amanullah dienen, der inmitten eines in großer Armut lebenden Volkes Residenzstädte mit ungeheuren Kosten erbauen läßt. So ist die Verdickung nicht in der Lage, die Produkte fremder Länder zu kaufen. König Amanullah hat eine Anzahl von europäischen Technikern, Ingenieuren und Lehrern, darunter auch viele Deutsche, nach Afghanistan berufen, z. T. für die Ausfuhrung der Prunabanken, z. T. für die Vorbereitung von verschiedenen Anlagen bzw. für die Organisation des Unterrichts-

wesens, doch wird angeblich für die Entlohnung und gesunde Unterbringung dieser Europäer nicht genügend Sorge getragen. Daß unter diesen Umständen die afghanische Herzogswürde nicht allzu schwer wiegt, ist verständlich.

Literarisches.

„Rad und Raum“, Soziologische Betrachtung über das Transportwesen von Eduard Weckerle. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Broschüre 1,50 Mk., in Ganzleinen 2 Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk.
Erst durch die Überbrückung des Raums, erst wenn Entfernungen dem Menschen sich nicht mehr als unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen, ist die Voraussetzung zu kulturellem Aufstieg gegeben. Dem 19. und 20. Jahrhundert war es vorbehalten, die größten Triumphe über den Raum zu erringen. Alle alten Transportmittel sind mechanisiert und neue hinzugefügt worden. Nirgends liegen die technischen Fortschritte greifbarer zutage, nirgends zeigen sie sich so sinnfällig, wie auf dem Gebiete des Transports. Der Verfasser untersucht die Triebkräfte der transporttechnischen Entwicklung und geht auch den Wandlungen nach, die der veränderte Transportapparat auf Menschen und Völker und ihre Beziehungen untereinander hervorruft. Am Schluß seiner Betrachtungen fordert der Verfasser die Sozialisierung der Transportbetriebe, da nur auf diese Weise der Sieg über den Raum in einen wirklichen Sieg über die Natur umgewandelt werden kann.

Politische Zweckschulung. Die bevorstehenden Wahlen zwingen auch die sozialistischen Arbeiterbildner, ihre Schulungsarbeit in den Dienst der politischen Kämpfe zu stellen. Im Einklang mit dieser Auffassung bringt das oben erwähnte Märchchen der „Bücherwarte“ in seiner Beilage Arbeiterbildung eine umfangreiche Kursumdisposition über die politischen Parteien Deutschlands. Von praktischem Interesse sind ferner die Vorschläge, die in der „Arbeiterbildung“ für die Ausgestaltung der Maifeier gegeben werden. Von Interesse ist der Aufsatz von Benedikt Kautsky: „Sozialistische Wirtschaftspolitik“. — Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausdruck für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Die Denkschrift der englischen Vereinigung der Arbeitgeberverbände! England ist der Ausgangspunkt der zu erwartenden Kämpfe gegen die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. Dafür ist ein wichtiges Dokument die Denkschrift der englischen nationalen Arbeitgeberverbände, die vor kurzem dem englischen Parlament vorgelegt worden ist und jetzt von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14, Inseffstr. 6a, in deutscher Sprache herausgegeben wird. (48 Seiten, 1,25 Mk.). Die englische Denkschrift besteht aus einer allgemeinen Einleitung, nimmt dann Stellung zur Frage von Englands Ehre, zum Einfluß der Ratifikation auf die gegenwärtige praktische Arbeitszeitregelung in Großbritannien, auf die Ergebnisse der Londoner Konferenz vom März 1926, befaßt sich mit der Frage der internationalen Einheitslichkeit der Durchführung, mit der Wirkung der Nichtratifizierung Englands auf andere Länder, wie zu der Frage der einheitlichen Durchführung. Im Anhang sind beigegeben: der Wortlaut des Washingtoner Abkommens, die Londoner Vereinbarungen der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien vom 15. bis 19. März 1926 und das Schreiben des Sekretärs des englischen Arbeitsministers an den Kabinettssekretär des Völkerbundes.

Geschichte der Mühlenarbeiterbewegung von Hermann Kappeler. Im Verlage des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter ist das genannte Buch erschienen. Hermann Kappeler, der langjährige Vorsitzende des Mühlenarbeiterverbandes, hat das Werk leider nicht vollenden können, am 16. Dezember überraschend ihn der Tod. Sein Kollege Max Köstler, jetzt Sekretär im Hauptvorstand des Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes, hat die angefangene Arbeit zu Ende geführt. Das Werk geht aus von Erstlingsverhältnissen der Mühlenarbeiter vor der Gründung des Verbandes, durchläuft alle Phasen der Bewegung bis zur Vereinigung mit dem Brauereiarbeiterverband im Jahre 1910. Das Buch enthält zahlreiche Abbildungen sowohl von Vorläufern der nachmaligen Verbandszeitung wie auch von den Pionieren der Mühlenarbeiterbewegung. Die Geschichte der Verbände ist um eine vermehrt. Die Konzentration im Gewerkschaftswesen geht weiter. Es ist notwendig, daß die noch fehlenden Verbände mit ihrer eigenen Verbandsgeschichte den Ring schließen. Diese Arbeit müssen die „Alten“ noch machen, ehe sie zu müde werden. Sie haben ihre Organisation erlebt vom ersten Tage an, und diese Erfahrung darf nicht verloren gehen.

☉☉☉ Aus der Industrie ☉☉☉

Chemische Industrie

Die Entwicklung der Chemischen Industrie.

L

(333) Berichten aus den Vereinigten Staaten zufolge wird in kurzem in Washington eine Konferenz von Interessenten der chemischen Industrie stattfinden, die sich speziell mit den amerikanischen Verhältnissen befassen wird. Diese scheinbar harmlose Meldung ist von größerem Belang als man auf den ersten Blick vermuten möchte. Steht doch zu erwarten, daß sich die Konferenz in der Hauptsache damit beschäftigen wird, die „Gefahren“ der zunehmenden Konzentration in der chemischen Industrie der europäischen Länder zu untersuchen und eventuelle Abwehrmittel ins Auge zu fassen.

Die chemische Industrie hat sich in der Nachkriegszeit in einem bisher unbekanntem Maße entwickelt. Obwohl zu den jüngsten Wirtschaftszweigen gehörend, hat sie innerhalb der letzten zehn Jahre eine ungeheure Bedeutung für den Weltmarkt erlangt, vielleicht sogar eine größere als irgend eine andere Industrie. Und diese Bedeutung nimmt von Jahr zu Jahr infolge der Anwendung neuer Verfahren noch zu, durch die alte Produktionszweige in ihrer Existenz bedroht werden. So haben die Textilrohstoffe seit langem einen Konkurrenten in der Kunstseide erhalten, während der Chilisalpeter mehr und mehr durch den synthetischen Stickstoff verdrängt wird, Länder, die früher in Hinsicht auf Erdöl und die Beiprodukte vom Ausland abhängig waren, destillieren nunmehr, dank dem Fortschritt der chemischen Wissenschaft, Petroleum aus Steinkohle. Diese wenigen Beispiele könnten durch viele andere ergänzt werden. Dabei läßt sich in keiner Weise voraussehen, welche neuen Überraschungen die nächsten Jahre bringen werden, besonders, wenn man an die Untersuchungen der großen Laboratorien, speziell in Deutschland und Frankreich, denkt, die sich die Aufgabe stellen, neue synthetische Verfahren zu entdecken.

In der Vorkriegszeit war es tatsächlich nur Deutschland, das als Weltproduzent von chemischen Artikeln in Betracht kam. Nicht weniger als 80 bis 90 Prozent des Weltbedarfs wurden von Deutschland, allein gedeckt. Der Krieg, der Deutschland einige Jahre vom Weltmarkt verdrängt hatte, hat eine Reihe anderer Länder in die Lage versetzt, eigene chemische Industrien zu errichten. Zieht man dabei nur die Produktion von Farbstoffen in Betracht, dann kann festgestellt werden, daß die Vereinigten Staaten, England, Japan, Frankreich und Italien in einem Ausmaß von der durch den Krieg geschaffenen Sachlage profitiert haben, daß sie nunmehr 90 Prozent, bzw. 80, 75, 50 Prozent des Eigenbedarfs decken können. Im Gegensatz zu den Entwicklungsmöglichkeiten anderer Industrien, sind diejenigen der chemischen Produktion unbegrenzt und ihre Weiterentwicklung ist in der Hauptsache abhängig von Kapital und Bedarf. Insofern die chemische Industrie in Verbindung steht mit anderen Industrien, ist der Kapitalbedarf als erstes Erfordernis anzuleben. Dieser Kapitalbedarf hatte zweifellos seine stimulierende Wirkung auf die rapide Entwicklung des Kartellwesens und für andere Formen des nationalen und internationalen Zusammenschlusses in der chemischen Industrie. In Frankreich ist das Zentrum für diese Industrie das „Comité des Produits chimiques“; in England besteht seit 1928 „The Imperial Chemical Industries Ltd.“, die die vier größten Unternehmungen des Landes: die Brunner Mond & Co., die Nobel Industries, die United Alkali und „The British Dyestuff Corporation“ umfaßt. Der führende Mann dieser mächtigen Gruppe ist Sir Alfred Mond, der bekanntlich die Initiative für die Beratungen mit der britischen Gewerkschaftsbewegung bezüglich des Wirtschaftsfriedens ergriffen hat. In Amerika vertritt „The Chemical Foundation“ die Interessen der chemischen Industrie.

Wenn auch Frankreich in den letzten Jahren dank dem niedrigen Frankenkurs auf dem Weltmarkt eine bedeutende Rolle gespielt hat, so ist es gleichwohl Deutschland, das mit seiner I.-G. Farbenindustrie A.-G., die die gesamte Anilinindustrie und den größten Teil der übrigen chemischen Produktion umfaßt, auf dem internationalen Markt eine zunehmend dominierende Rolle spielt. Im Jahre 1924 blieb die deutsche Ausfuhr noch beträchtlich hinter derjenigen Frankreichs, Englands und Amerikas zurück; das Jahr 1925 zeigt bereits eine bedeutende Zunahme und im Jahre 1926 stieg der Ausfuhrwert auf 50 Millionen, während von Amerika für 34 Millionen Pfund Sterling, von England für 25 Millionen Pfund Sterling und von Frankreich für 23 Millionen Pfund Sterling chemische Produkte ausgeführt wurden. In der ersten Hälfte von 1927 führte Deutschland für 27 Millionen Pfund Sterling aus, so daß, wenn in der zweiten Hälfte dieselbe Höhe erreicht wurde, Deutschland über eine Rekordziffer verfügen würde.

Was die internationalen Vereinbarungen für chemische Produkte betrifft, so bestehen solche speziell zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Norwegen. Unter anderem besteht seit kurzem die internationale Vereinigung für synthetischen Stickstoff, wobei vor allem neben Deutschland Norwegen eine bedeutende Rolle spielt. Außerdem gibt es ein internationales Syndikat für Eisenkies, das sich insbesondere mit der Preisregelung beschäftigt. Als wichtigstes Abkommen ist das kürzlich zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene zu bezeichnen, das unter Wahrung der Selbständigkeit der nationalen Gewerkschaften zur Aufgabe hat, nach dem Grundsatz höchster Wirtschaftlich-

keit Produktion und Absatz der verschiedenen chemischen Produkte zu regeln.

Dividenden.

Chemische Fabrik Suedenheim, A.-G. Mainz. Nach 321 773 Mk. (l. V. 430 556) Abschreibungen werden aus dem auf 382 169 (220 047) wesentlich gestiegenen Reingewinn 15 Prozent Dividende auf das auf 3 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital verteilt (l. V. 10 Prozent auf 1,5 Millionen), der Reserve, die damit auf 120 000 Mk. (45 000) anwächst, 75 000 Mk. (45 000) zugeführt und 57 169 Mk. (25 047) vorgetragen. In der Bilanz stiegen Kreditoren auf 587 552 Mk. (530 742) und Akzepten auf 78 547 Mk. (34 000) gegenüber 453 465 Mk. (198 637) Außenständen und 1 707 670 Mk. (39 159) Bankguthaben, über dessen starkes Anwachsen der Bericht keinerlei Angaben macht. Vorräte sind mit 470 845 Mk. (419 718) bewertet. Die im Vorjahre mit 20 000 Mk. einstehenden Beteiligungen sind auf 1 Mk. abgeschrieben. Immobilien und Anlagen stehen mit 1,68 Mk. (1,60) zu Buch. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß.



Papier-Industrie

Von des Papiermachers Werdegang.

Herr Heino Castorf, der ehemalige Fabrikgewaltige der Peniger Patent-Papierfabrik hat gedichtet und unter obiger Überschrift ein „Singelied“ für das 20. Stiftungsfest der Fachvereinigung für Papiertechnik in Cöthen produziert. Einige Strophen, die sich besonders mit der Arbeit in den Papierfabriken beschäftigen, sind wert, hier abgedruckt zu werden.

Bekanntlich versuchen die Unternehmer immer, ihre Verlebe als Sanatorien hinzustellen. Es ist deshalb von besonderem Reiz, die Art kennen zu lernen, in der Castorf die Arbeit auf dem Lumpenboden befragt:

Trat als Volontäre
Einst man in die Lehre,
Was man so das Jahr der Praxis nennt.
Ward zunächst entboten
Man zum Lumpenboden,
Auszukennen sich im Sorfiment.
Hemden, Jacken, Hosen,
Duffen nicht nach Rosen,
Hat man an der Senle brav getrennt,
Flau noch wird's im Busen,
Denkt man der Medusen
Dort im Lumpenweiber-Regiment.*

Kaum einige Wochen halten sich diese Herren Volontäre auf dem Lumpenboden auf, und noch im Alter denken sie mit Grauen an den „Rosenduft“ auf dem Lumpenboden. Den Arbeiterinnen und Arbeitern aber muten sie zu, für einen Stundenlohn jahraus, jahrein auf diesem Duffboden zu arbeiten und sich oftmals von diesen Jünglingsheeren, die einige Tage auf dem Lumpenboden gerochen haben, noch schikanieren zu lassen. Wenn es aber dann bei diesen Herrschaften selbst zur Arbeiterdiskussion nicht mehr reicht, dann doch immer noch zum Hohne über das „Lumpenweiber-Regiment“.

„In der Lumpenküche, gab's dann Wohlgerüche, die mit Ambra wenig nur verwandt“, singt Castorf weiter und gibt damit zu, daß auch in diesen Arbeitsräumen die Arbeiterschaft den widerwärtigsten Dünsten ausgesetzt ist.

Immer wieder behaupten die Vertreter der Unternehmer, daß die Tätigkeit des Papiermaschinenpersonals aus Arbeitsbereitschaft besteht. Zuletzt wurde diese Behauptung vor dem Landesarbeitsgericht in Berlin aufgestellt, und vor dem Reichsarbeitsgericht in Leipzig wird sie nicht fehlen. Hören wir deshalb, wie Castorf diese „Arbeitsbereitschaft“ befragt:

Daß man auch bediene
Die Papiermaschine,
Eine Stufe höher ging es dann.
Arm und Seine schwingen
Lernte man und springen,
Wenn geplakt mal die papierne Bahn.
Weh dabei und weher
Ward dem Pressensteher! —
Vom Maschinenführer angehaucht,
Flug manch Ehrentitel
Uns im blauen Kittel
An den Schädel, daß es nur so rancht.*

Es könnte wirklich nichts schaden, wenn die hier abgedruckten Verse den Unternehmern gelegentlich einmal vorgelesen werden, um ihnen zu zeigen, wie selbst allgemein von den Unternehmern geachtete Fachgenossen über die Arbeit in den Papierfabriken denken.

Papiereinfuhr und -ausfuhr im Jahre 1927.

Die deutsche Ein- und Ausfuhr an Papier gestaltete sich im Jahre 1927 folgendermaßen:

Jahr	Papier-einfuhr		Papier-ausfuhr		Die Mehrausfuhr als Einfuhr beträgt	
	in Tonnen	in RM.	in Tonnen	in RM.	in Tonnen	in RM.
1925	178 828	42 090 000	651 494	651 494 000	472 666	316 674 000
1926	96 223	28 524 000	794 660	406 379 000	698 437	377 855 000
1927	223 546	60 649 000	733 331	397 539 000	509 788	338 890 000

Das Verhältnis von Ausfuhr zur Einfuhr gestaltete sich in diesen drei Jahren folgendermaßen:

1925 wie	79 zu 21
1926 wie	89 zu 11
1927 wie	77 zu 23

Im Jahre 1927 hatte die deutsche Papierfabrikation die höchsten Ausfuhrziffern seit Bestehen des Deutschen Reiches erreicht. Im Verhältnis zur Einfuhr ist also die Papierausfuhr im Jahre 1927 nicht hinter dem Jahre 1926, sondern auch gegenüber dem Jahre 1925 zurückgeblieben. Dagegen ist die Einfuhr im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926 um 132 Prozent gestiegen. Die Mehreinfuhr im Jahre 1927 ist besonders auf Holzpappen aus Finnland, Kartonpapier aus Amerika und Packpapier aus Schweden und Norwegen zurückzuführen. Die Minderausfuhr im Jahre 1927 gegenüber dem Jahre 1926 ist besonders auf den Ausfuhrrückgang an Zellstoff, Packpapier, Schreibpapier und Altpapier zurückzuführen. Die Minderausfuhr dieser vier Sorten beträgt gegenüber 1926 rund 110 000 Tonnen. Gesteigert werden konnte die Ausfuhr von Pappen aller Art und die Druckpapierausfuhr, die von 177 000 Tonnen im Jahre 1926 auf 200 000 Tonnen im Jahre 1927 stieg.

Der englische Packpapierzoll, der seinerzeit als Dumpingzoll gegen die niedrigen Papierarbeiterlöhne und die überlange Arbeitszeit in der deutschen Papiererzeugungsindustrie gedacht war und an dessen Zustandekommen der derzeitige Besitzer des Roholzkonzerns, Harrilson, sein gerütteltes Maß Schuld trägt, ohne als deutscher Unternehmer die Konsequenzen aus seiner englischen Hege gegen die deutsche Papiereinfuhr in England zu ziehen, dessen Direktoren in Deutschland, anscheinend unter Duldung des englischen Generaldirektors Schnellig, vielmehr bestrebt sind, durch Abzug der Prämien die Lebenslage der deutschen Papierarbeiter noch zu verschlechtern, läßt seine Wirkung aus. Die Packpapierausfuhr nach England ist infolgedessen um ein Drittel gegenüber dem Jahre 1926 zurückgegangen. Während England und Holland zusammen im Jahre 1926 noch 80 000 Tonnen Packpapier aus Deutschland bezogen, betrug die Packpapierausfuhr 1927 nur noch 40 000 Tonnen, ist also um 50 Prozent gesunken.

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie wird zu prüfen haben, ob ihre Preispolitik sowohl dem Inlands- als auch dem Weltmarkt entspricht; sie wird Erwägungen darüber anzustellen haben, ob ihr bisher geübtes Verfahren das notwendige Betriebskapital aus den Preisen herauszuschinden vorzuziehen ist als die Aufnahme und Verzinsung von Anleihen. Wenn es auch im Jahre 1927 gelungen ist, den Rückgang der Ausfuhr durch Steigerung des Inlandmarktes weitzumachen, so muß sich die deutsche Papierindustrie darüber klar sein, daß ein solcher Zustand auf die Dauer nur durch Stärkung der Inlandskaufkraft, also durch Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer möglich ist.

Niederchrift

Über die Sitzung des Tarifamts der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 14. März 1928 zu Berlin.

- Anwesend sind:
- als Arbeitgebervertreter die Herren:
• Grentlich, Dr. Leopold, von Schirich, Wiganow;
 - als Arbeitnehmervertreter die Herren:
• Graf, Lins, Rücker, Stähler.
- Vorsitz turnusgemäß: Herr Rücker;
Schriftführer turnusgemäß: Herr Dr. Leopold.

Antrag der Bezirksleitungen der Fabrikarbeiterverbände Hagen auf Zulassung von Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen mit Stimme im Schiedsamt nach § 18 Abs. 3 des Tarifvertrags für die Gruppe Westfalen-Lippe-Waldeck für die Arbeitgeberseite erschienen die Herren Fischer, Heßmer, Dr. Golditz, Dr. Perker und Hülshberg, für die Arbeitnehmerseite die Herren Heering und Waller. Das Tarifamt fällt folgenden Spruch:

Die am Tarifvertrag für die Gruppe Westfalen-Lippe-Waldeck beteiligten Organisationen sind berechtigt, auch Organisationsvertreter als Mitglieder in den Schiedsämtern zu entsenden.

Begründung:

§ 18 Abs. 3 des Tarifvertrags gibt den beiderseitigen Organisationen das Recht, in den Schiedsämtern je drei Vertreter zu entsenden. Eine nähere Umgrenzung des hierfür in Frage kommenden Personalkreises ist im Tarifvertrag nicht enthalten. Es fragt sich, ob es möglich ist, durch die Geschäftsordnung des Schiedsamtorgans eine derartige Begrenzung vorzunehmen. Diese Frage wird man an sich verneinen müssen, weil gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 des Tarifvertrags sich selbst keine Geschäftsordnung gibt und ihm nicht die Befugnis zusteht, das im Abs. 3 a. a. O. den beteiligten Organisationen verbotene Recht zu beschneiden. Nur unter Zustimmung der beteiligten Organisationen können durch die Geschäftsordnung des Schiedsamtorgans bestimmte Personen vom Verhöramt ferngehalten werden.

Ob im vorliegenden Falle die beiderseitigen Organisationen der alten Geschäftsordnung ihre Zustimmung gegeben haben oder nicht, kann für den vorliegenden Fall dahingestellt bleiben, und ferner kann dahingestellt bleiben, ob die alte Geschäftsordnung noch in Kraft ist. Selbst wenn man beides unterstellen würde, wären nur die beiderseitigen „Verbandsleiter“ vom Verhöramt auszuschließen, nicht aber auch andere Organisationsvertreter. Denn der § 3 der alten Geschäftsordnung lautet:

Die Verbandsleiter der beteiligten Organisationen als Unterzeichner des Tarifvertrages nehmen an den Verhandlungen als Vertreter ihrer Partei teil, können aber als Mitglieder des Schiedsamtorgans nicht fungieren.

Durch die Tatsache, daß von Arbeitnehmerseite in der ganzen Zeit immer nur Arbeitnehmer aus den Betrieben und nicht auch Vertreter der Organisationen, abgesehen vom Verbandsleiter, gestellt worden sind, konnte allerdings die irrtümliche Auslegung der

O. Stähler.

Geschäftsordnungsbestimmung, wie sie vor dem Tarifamt zutage getreten ist, entstehen.

II.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, Gau 2, Magdeburg, auf Regelung der Ortsklassenfreistellung bei der Firma Hamburger u. Fuchs, Kösmig (Anhalt).

Auf Antrag der Gruppe Provinz Sachsen-Anhalt wird der Streitfall verlag.

III.

Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, Gau Thüringen-Erfurt, auf Verlegung der Firma Pappfabrik O. Froed, Burgkammer, aus Dröschl. III in Dröschl. II.

Auf Antrag der Gruppe Provinz Sachsen-Anhalt wird der Streitfall verlag.

IV.

Antrag der Gruppe Sachsen auf Regelung des Streikfalles bei der Firma C. F. Leonhardt-Großten betr. Kündigung der Prämien für zwei Arbeiterinnen.

Für die Antragstellerin erscheinen die Herren Dr. Mehnhorn und Müller, für die Antraggegnerin die Herren Klöpner und Häbner. Das Tarifamt fällt folgende Entscheidung:

- 1. Die Zuständigkeit der tariflichen Schlichtungsinstanzen wird bejaht. 2. Eine Entscheidung zur Sache kam wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

Begründung zu 1:

Das Tarifamt ist der Auffassung, daß es sich bei dem vorliegenden Streitfall um eine Anlegungsfrage aus dem Gesamtarbeitsvertrage von grundsätzlicher Bedeutung handelt.

Arbeiterparadies in Krenzburg (O.-S.).

Jeder Arbeiter muß sich glücklich fühlen, wenn er bei der heutigen Erwerbslosigkeit irgendwelche Arbeit gefunden hat, und sollte es auch eine schlechter entlohnte sein. Dies ist die Ansicht einzelner Arbeiter in Krenzburg (O.-S.).

Es kann wohl zutreffen, daß jeder Arbeiter froh ist, wenn er im Betrieb untergebracht ist. Doch fragt es sich immer, welche Arbeit der Arbeiter oder die Arbeiterin zu verrichten hat, und wie diese entlohnt wird. Da hat z. B. der Schlichtungsausschuß in Döppeln am Freitag, dem 9. März 1928, für die Lumpenfortieranstalt Danziger in Krenzburg (O.-S.) einen Lohn von 44 Pf. pro Stunde für einen Arbeiter über 20 Jahre festgelegt. Daß ein verheirateter Arbeiter bei 44 Pf. Stundenlohn und bei wöchentlich 50ständiger Arbeitszeit einen Lohn von 24 Mk. pro Woche verdient, wovon noch die Sozialbeiträge abgehen, seine Familie unabhängig ernähren und kleiden kann, ist ausgeschlossen.

Vergleicht man das Einkommen der Arbeitnehmer mit dem der Unternehmer, und ebenso die übrigen Lebensverhältnisse (Wohnung usw.), so ist nicht zuviel behauptet, daß letztere wie die Fürsten leben. Lumpen, Altpapier, Knochen und Alteisen sind gefuchte Artikel, an denen viel Geld verdient wird. Die Arbeit in einer Rohproduktenhandlung oder Lumpenfortieranstalt ist nicht gerade der Gesundheit dienlich. Obwohl diese Arbeit erhebliche Anforderungen an die Beschäftigten stellt, wird sie außerordentlich schlecht entlohnt. Am meisten gefährlich ist die gesundheitschädigende Wirkung des Staubes im Arbeitsraum. Das Kopfschmerz ist der einzige ungenügende Schutz der Arbeiterinnen zur Abwehr des Staubes. Was es heißt, den ganzen Tag Staub zu atmen, was das ist für die wichtigsten Organe des Körpers, für die Luftröhre usw., das kann nur der ernennen, der weiß, was die Lumpensammler täglich aus Müllhaufen und Abfallhaufen herauspöhlen und in entprechendem Zustande an die Händler abliefern, von denen die Lumpenfortieranstalten beliefert werden. Hier werden dann die Lumpen an verschiedenen Stellen in verschiedene Lumpenarten, wie Wolle, Baumwolle, Leinen, Seide usw. sortiert sowie auch nach Farben sorgfältig getrennt. Das Sortieren der Lumpen erfordert Fingerfertigkeit, und es vergehen Monate, ehe eine Arbeiterin als geübte Sortiererin angesprochen werden kann. Die Männerarbeit vollzieht sich an der Lumpenpresse, im Ballenlager und beim Verladen. Auch werden mitsamt an Arbeiterinnen Anforderungen gestellt, welche für Frauenhände zu schwer sind.

Leider beachten das die Kolleginnen und Kollegen in solchen Betrieben nicht genügend. Nur der gewerkschaftliche Zusammenschluß aller Beschäftigten dieser Industrie kann hier eine Besserung schaffen. Auch die Gestaltung der Lohnfrage hängt ganz davon ab, in welchem Verhältnis unsere Arbeitsschweifern und Arbeitsrhythmen den Weg zur Organisation, dem freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverband, zu finden vermögen. Rich. Geike.

Wochenlohnsteigerungen in der Papiererzeugungsindustrie Wiens.

Nach der 'Papierzeitung' Nr. 19, 1928, gestalteten sich die amtlich ermittelten Wochenlohnsteigerungen für die Arbeitnehmer der österreichischen Papiererzeugungsindustrie in Wien folgendermaßen:

- 1. Spezialarbeiter (Maschinenführ. usw.) 59,90 Schilling = 34,67 RM. 2. Erste Maschinengehilfen 42,82 Schilling = 25,18 RM. 3. Hilfsarbeiterinnen 20,99 Schilling = 12,24 RM.

Die Umrechnung in die deutsche Reichswährung wurde von uns vorgenommen und haben wir dabei für den Schilling den Betrag von 38,8 deutschen Reichspfennig zugrunde gelegt.

G. Stähler.

Die Geschäftslage der Papiererzeugungsindustrie im Monat Februar 1928.

Der Zentralausschuß der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie berichtet über die Geschäftslage im Februar folgendes:

Trotz anstrengender Beschäftigung blieben die erzielten Preise auch im vergangenen Monat außerordentlich gedrückt. Dagegen wird aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, insbesondere aus dem Freistaat Sachsen, Anzeichen der Schleifholzpreise gemeldet. Ferner trat eine Erhöhung für Filzträger ein.

Nahrungsmittel-Industrie

Können wir in Deutschland ohne Pflanzenfette aus?

Durch die Tagespresse sind im letzten Jahre wiederholt Äußerungen erfolgt, die sich mehr oder weniger gegen die Verwendung pflanzlicher Fette im Haushalt wenden. Namentlich wendet man sich gegen den Verbrauch von Margarine. Dieser sagt man nach, daß ihr bestimmte Stoffe, z. B. die Vitamine, die in der Butter in reichlichem Maße enthalten seien, fehlen. Dazu sei nur bemerkt, daß es ja auch noch andere Nährstoffe gibt, die in genüggemigem Zustande keine Vitamine enthalten. Die in bestimmten Nahrungsmitteln fehlende Vitamine kann aber durch wechselnde Ernährungsweise beim Genuß anderer Nährstoffe, z. B. beim reichlichen Genuß von Obst und Gemüse, ersetzt werden.

Andere machen wieder geltend, in der Margarineindustrie läge es nicht besonders sauber aus und dergleichen. Wir wollen hier die Kochfettgeheimnisse in den Fleischereien, in denen ja auch Schmalz hergestellt wird, nicht untersuchen. Wir wollen auch nicht die Sauberkeit oder Unsauberkeit in den landlichen Molkereien oder beim Herstellen der sogenannten Bauernbutter untersuchen. Soviel aber darf wohl gesagt

werden: wer die Margarineherstellung kennt, der weiß, daß es hier mindestens ebenso sauber zugeht wie in all den erwähnten Betrieben.

Eine Anzahl Kritiker gehen von dem Gedanken aus, kann Margarine die Naturbutter ersetzen? Es wird keinem Menschen einfallen, zu behaupten, daß Margarine Butter sei. Wer aber die Frage stellt, ob Margarine Butter ersetzen kann, dem muß die Gegenfrage gestellt werden, woher wollen wir die Butter nehmen, um die Margarine zu ersetzen, und woher soll die Arbeiterschaft das Geld nehmen, um an Stelle der Margarine die viel teurere Butter kaufen zu können. Des Weiteren muß beachtet werden, daß die Butter recht bald eine unerschwingliche Höhe im Preise erreichen würde, den die große Masse erst recht nicht bezahlen könnte, wenn die deutschen Konsumenten nur Butter essen würden.

Deutschland hat sich in den letzten 50 Jahren immer mehr zum Industriestaat entwickelt. Eine Abwanderung der Bevölkerung vom Lande in die Großstadt, also eine Verschiebung der Erwerbsmöglichkeiten, trat in weitestem Umfange ein. Immer mehr überwiegt die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie. Hätte diese Industrialisierung nicht stattgefunden, dann würden wir heute kaum Erwerbsmöglichkeit für alle deutschen Staatsbürger haben.

Je mehr wir uns nun zum Industriestaat entwickeln, um so mehr Zusätze an Nahrungsmitteln brauchen wir vom Ausland, da die im Reich erzeugten Nahrungsmittel nicht ausreichen, um unseren Bedarf zu decken. Dazu kommt, daß sich der Industriearbeiter infolge seiner Beschäftigungsart auf eine andere Lebensweise einstellt als der Landarbeiter. Wir haben uns also zu einem Staatswesen entwickelt, das Industrieprodukte ausführt und Agrarprodukte einführt. Unter den Nährstoffen, die wir einführen, befinden sich auch ungeheure Mengen Fettstoffe, wobei Rohstoffe, aus denen Pflanzenfette erzeugt werden, eine erhebliche Rolle spielen.

Betrachten wir die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Ölen und Fetten seit dem Jahre 1880, so erhalten wir ein eigentümliches Bild. Um einseitliche Vergleichszahlen zu bekommen, muß man sich eine gewisse Einheit verschaffen. Es hat keinen Zweck, die Ölsaaten der verschiedensten Gruppen als Einfuhrgut einzuführen, da der Ölgehalt bei ihnen sehr verschieden ist. Wir stellen hier vielmehr den Ölwert bei den eingeführten Saatenmengen in Tonnen ein und kommen so auf eine bestimmte Einheit. So betrachtet, erhalten wir für die verschiedensten Jahre folgendes Bild:

Table with 5 columns (Year: 1880, 1890, 1902, 1913, 1928) and 4 rows (Einfuhr von Ölfrüchten mit einem Ölwert von, Einfuhr von Ölen, Ab Ausfuhr von Ölen, Mehreinfuhr pflanzl. Fette). Values range from 45,385 to 674,961.

Obige Aufstellung, in die wir die wichtigsten Fettstoffe einbezogen haben, zeigt uns, daß Deutschland bei seiner Fettversorgung heute viel mehr von der Einfuhr abhängig ist als früher. Hatten wir 1880 einen Zufuhrbedarf an Fettstoffen von 171 375 Tonnen, so haben wir 1928 einen solchen von 855 550 Tonnen zu verzeichnen. Unsere Mehreinfuhr ist also gegen 1880 rund um das Fünffache gestiegen. Von diesem Einfuhrüberschuß fallen auf pflanzliche Öle 565 063 Tonnen, auf tierische Fette 222 699 Tonnen und auf Butter 97 788 Tonnen. Den weitaus größten Anteil am Einfuhrüberschuß haben also Öle und Ölsaaten mit einem Ölgehalt von 563 063 Tonnen. Diese Öle werden nun allerdings nicht reiflos der menschlichen Ernährung dienlich gemacht, immerhin aber beträgt die Margarineproduktion in den letzten Jahren ungefähr 450 000 Tonnen. Rechnen wir mit einem Fettgehalt von 80 Prozent, dann verbraucht die deutsche Margarineindustrie über die Hälfte der aus den eingeführten Saaten anfallenden Mengen.

Wenn man die Margarine als ein unbrauchbares oder ein minderwertiges Nahrungsmittel bezeichnet, dann muß man uns gleichzeitig sagen, woher wir die rund 450 000 Tonnen billige Butter nehmen sollen, die uns fehlen. Nach unserer Aufstellung ist die Buttereinfuhr gleichfalls ganz erheblich gestiegen. Sie betrug 1880 rund 5000 Tonnen und 1928 über 97 000 Tonnen. Die Steigerung ist hier prozentual höher als bei dem pflanzlichen Öl. Wir müßten aber doch die fünffache Menge des heutigen Einfuhrüberschusses an Butter einführen, wenn wir an Stelle der Margarine nur Butter konsumieren wollten. Welche Auswirkung dieser Mehrbedarf an Butter auf den Weltmarktpreis haben würde und welchen Preis wir dann bezahlen müßten, darüber machen sich höchstwahrscheinlich auch die kann eine Vorstellung, die gegen den Genuß der Margarine sprechen.

Die Rohstoffe für die Ölherzeugung werden fast reiflos vom Auslande eingeführt. Ihr Wert steht aber zu dem Wert der eingeführten Butter in gar keinem Verhältnis. Sie werden in der deutschen Industrie zu Ölen und in der deutschen Margarineindustrie zu Margarine umgearbeitet. Trotzdem die Margarine im Preise erheblich hinter der Butter zurücksteht, steckt in der Margarine doch eine ganze Portion deutsche Arbeitskraft, was bei Butter, wenn wir sie einführen würden, nicht zutrifft. In der Öl- und Margarineindustrie sind in Deutschland rund 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen und mehrere tausend Angestellte beschäftigt. Ein starker Rückgang des Margarinekonsums würde also zur Folge haben, daß nicht nur die Butter ungeheuer im Preise steigen würde, sondern auch eine größere Anzahl Arbeiter und Angestellte das Heer der Arbeitslosen vermehren würden.

Aber selbst wenn wir all diese Dinge außer acht lassen, dann besteht doch die Tatsache, daß es sich das deutsche Volk heute nicht erlauben kann, rund 450 000 Tonnen Butter mehr einzuführen. Das wissen jene Kreise, die gegen den Genuß von Margarine sprechen, auch. Größtenteils stecken hinter dieser Propaganda großagrarisches Kreise. Viel ist hier der Wunsch, 'esß mehr Butter, damit sie teurer wird' ausschlaggebend. Die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache, gerade gegen diese Kreise besonders mißtrauisch zu sein.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Interessen der Margarinefabrikanten zu vertreten. Diese sind Kapitalisten wie alle

anderen Unternehmer auch. Es dreht sich hier aber gar nicht um kapitalistische Interessen, es handelt sich vielmehr um die Frage, können wir unseren Bedarf an Fettstoffen ausschließlich durch tierische Fette decken, und welche Auswirkung würde das für den Arbeiterhaushalt haben.

Wer den deutschen Konsumenten rät, weniger Margarine zu essen, muß ihm sagen, woher er die nötigen tierischen Fette nehmen soll, die er zu seiner Ernährung braucht. Die Arbeiterschaft würde sicher viel lieber Butter als Margarine essen, wenn sie dieselbe zunächst überhaupt in genügenden Mengen und weiter zu erschwinglichen Preisen bekommen könnte. Sonst hat es keinen Sinn, den Konsumenten immer wieder zu sagen, daß die Margarine ein minderwertiges Nahrungsmittel ist, trotzdem man Besseres nicht bieten kann. Schließlich gibt es Wissenschaftler, die behaupten, Margarine sei ein durchaus brauchbares Nahrungsmittel. Wer von den Wissenschaftlern recht hat, darüber zu streiten, ist so lange überflüssig, solange wir zur Margarine greifen müssen. Am allerwenigsten aber haben jene Kreise, die für ihre Butter durch steigende Nachfrage gern höhere Preise erzielen möchten, ein Recht, die Margarine bei jeder Gelegenheit herabzusetzen. E. Senkfeil.

Zuckerarbeiterkonferenz im Gau 2.

Eine Konferenz der in der rübenverarbeitenden Zuckerindustrie beschäftigten Arbeitnehmer des Gau 2 (Magdeburg, Halle, Anhalt) tagte am Sonntag, dem 11. März, in Magdeburg, Lokal Reichskrone, mit der Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zum Reichsarbeitsvertrag. Referent: Kollege Senkfeil. 2. Stellungnahme zum Lohnvertrag. Referent: Kollege Toltski.

Der Branchenleiter, Kollege Senkfeil, sprach über den Reichsarbeitsvertrag. Redner schilderte die Arbeitsverhältnisse in der Vorkriegszeit, wo noch bis zu 24 Stunden und länger gearbeitet werden mußte. Wenn mit diesen Zuständen gebrochen und eine Änderung geschaffen werden konnte, so dank der Arbeit der 1918/19 tätigen Volksbeauftragten, die die achtfünfstündige Arbeitszeit einführen. Da diese aber bei den Arbeitgebern keine Zustimmung fand und bei einem Teil der Arbeiter nicht das nötige Interesse dafür aufbrachte, war es nicht immer möglich, dem Ansturm der Arbeitgeber gegenüber den achtfünfstündigen Arbeitstag festzuhalten. Wir müßten es mit in den Kauf nehmen, daß in einer ganzen Reihe von Zuckerbetrieben die zwölfstündige Arbeitszeit wieder zur Einführung kam.

Erst die Einführung des auf Betreiben der freien Gewerkschaften zustande gekommenen Arbeitszeitgesetzes führte dazu, daß sich auch in der Zuckerindustrie die achtfünfstündige Arbeitszeit wieder Bahn brach. Kollege Senkfeil wies nach, daß daselbe außer der 25 Prozent Entschädigung für Überstunden nichts Neues bringe, selbst insofern nicht, als unser Arbeitsvertrag in Frage komme, außer in den §§ 2 und 7, die jetzt einer Änderung unterzogen werden müßten.

Die Unternehmer haben an einer einseitlichen Arbeitszeit in ihren Betrieben kein Interesse. Im Jahre 1926 wurde noch in 102 Betrieben zu je zwei Schichten und in 73 Betrieben zu je drei Schichten gearbeitet. Im Jahre 1927 wurde in 98 Betrieben zu zwei und in 99 Betrieben zu drei Schichten gearbeitet. Das Verhältnis habe sich also zugunsten der drei Schichten gebessert.

Ein besonderes Kapitel bilde die Frage der Überstundenbezahlung. Nachdem es gelungen war, den Zuschlag für die erste Überstunde auf 12 1/2 und für die zweite Überstunde auf 25 Prozent zu bringen, gingen die Arbeitgeber dazu über, für die erste und zwölfte Stunde überhaupt keinen Zuschlag zu bezahlen. Sie begründeten diese Maßnahme mit dem Begriff der Arbeitsbereitschaft. Der Begriff Arbeitsbereitschaft ist aber in der Zuckerindustrie ein glatter Anflug. In eingehender Weise schildert sodann der Redner die innere Verbundenheit der Zuckerindustrie mit der Landwirtschaft und dem Bankkapital. Wenn man auch in den Geschäftsberichten der Betriebe nur geringe Dividenden von etwa 5 Prozent ausgeschrieben finde, so sehe man aber auch, daß die an der Zuckerindustrie interessierten Banken solche von 12 bis 15 Prozent an ihre Aktionäre zahle. Auch die Rationalisierung sei an der Zuckerindustrie nicht spurlos vorübergegangen. Die Zahl der ständigen Arbeiter hat gewaltig abgenommen. Man strebe darauf hin, eine neue Art der Rübenverarbeitung einzuführen, um das ganze Jahr hindurch Rohzucker produzieren zu können. Das würde eine Befreiung der Kampagnezeiten und eine Stabilisierung der ständigen Arbeitnehmerzahl bedeuten.

Der zur Zeit bestehende Arbeitsvertrag entspricht nicht mehr unseren Wünschen, ist auch insofern unvollkommen, als er den neuen gesetzlichen Bestimmungen an einigen Stellen nicht entspricht. Da wir uns aber dem Vorwurf nicht aussetzen wollen, einen nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen übereinstimmenden Arbeitsvertrag zu haben, empfehle es sich, denselben zu kündigen.

Es sei erforderlich, den Verband noch mehr auszubauen und den letzten Mann der Organisation zuzuführen.

Die anschließende Debatte brachte verschiedene Wünsche auf Abänderung und Verbesserung des Mantelvertrages zum Ausdruck. Aber den Lohnrat sprach Gauleiter Toltski, der darauf hinwies, daß im Gaubereich, in den drei Bezirken Halle, Magdeburg und Anhalt die Lohngestaltung immer noch eine unterschiedliche sei. Das Verlangen, etwas Einheitliches zu schaffen, stoße auf den Widerstand der Arbeitgeber, zu einem großen Teil seien aber auch die Arbeiter der Zuckerindustrie, insbesondere des Bezirkes Halle mit daran schuld, wenn eine Verbesserung nicht durchgeführt werden kann. Zu beachten sei, daß der Lohnvertrag mit vierwöchentlichem Frist zu kündigen ist und daß die Arbeitgeber den Standpunkt vertreten, daß sie keine Lohnerhöhung zahlen könnten. Die Gegenwehr der Arbeitgeber liege aber auch zum Teil in der landwirtschaftlichen Durchsetzung derselben. In den letzten Wochen habe die Landwirtschaft durch Demonstrationen versucht, der Öffentlichkeit darzulegen, wie schlecht es um sie bestellt sei. Diese Demonstrationen haben dann aber fast immer ihren Abschluß bei Wein- und Sektgelagen gefunden. Wer das noch könne, habe am allerwenigsten Ursache, über schlechte Zeiten zu klagen und anderen das allernotwendigste zum Lebensunterhalt vorzunehmen. Die gute Organisation der Arbeitgeber solle eine Mahnung für die nicht organisierten sein. Eingehend dann auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben beleuchtete er dabei auch das Treiben der Werksvereine. Dort, wo früher der Radikalismus mit Musik und Fahnen zu Hause war, wird heute die Werksvereinschaft von denselben Leuten beherrscht. Zu bezweifeln aber sei es, ob von einer Werksvereinschaft dort gesprochen werden könne, wo die Direktoren Gehälter von vierundzwanzig- bis achtzigtausend Mark einstecken, die Arbeiter dagegen mit einem Lohn von 57 bis 70 Pf. die Stunde abgepflegt werden. Allgemeine Zustimmung fand die Anregung, den Lohnvertrag zu kündigen. Einmütig angenommen wurde folgende

Entscheidung.

Die am Sonntag, dem 11. März 1928, in Magdeburg tagende Konferenz der Delegierten für die rübenverarbeitende Zuckerindustrie der Provinz Sachsen und Freistaat Anhalt nimmt Stellung zu dem Mantel- und Lohnvertrag für die Zuckerindustrie.

Die Konferenz beschließt einstimmig, daß beide Verträge zu dem nächstliegenden Termin gekündigt werden, damit den Wünschen der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer Lage (1. Arbeitszeit und 2. Lohnerhöhung) Rechnung getragen werden kann.

Die Delegierten versprechen, alles daran zu setzen, daß auch der letzte Mann in der Zuckerindustrie der Organisation, dem Verbands der Zuckerarbeiter Deutschlands, zugeführt wird.

Nach dem Schlußwort des Kollegen Toltski erfolgte der bedeutungsvollen Konferenz. A. T w a c h m a n n.